

# blickpunkt bundestag

September 2008 | ISSN 14359146 | G 10624

[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

Die Elbe entlang

# Panorama der deutschen Einheit



Nahaufnahme

**Otto Fricke**

Streitpunkt

**Die Energiefrage**

## Inhalt

- 2 Begegnungen**  
im Parlamentsviertel
- 4 Titel**  
Deutschland. Eine Elbreise  
18 Jahre Wiedervereinigung
- 11 Zwischenfragen**  
„Konzentration auf Länderinteressen“  
Im Interview: Ole von Beust
- 12 Nahaufnahme**  
Bitte zahlen  
Otto Fricke
- 17 Experten**  
Haben Schornsteinfeger bald kein Glück mehr,  
Frau Wicklein?
- 18 Ansichtssachen**  
Lichte Höhe
- 20 Streitpunkt**  
Die Energiefrage  
Streitgespräch: Sven Becker und Bärbel Höhn
- 28 Im Blick**  
Reine Poesie  
Der Bundestag als Filmset
- 31 Platz der Republik**  
Auf der Schwäbischen Alb  
Die Wanderausstellung des Bundestages
- 32 Menschen**  
Das ist so ein Gefühl ...  
Die Plenarassistenten im Bundestag
- 35 Im Wortlaut**  
Wer hat's gesagt?
- 36 Parlamentsgeschichten**  
Schwertfreie Zone  
Vereinigtes Königreich: UK Parliament

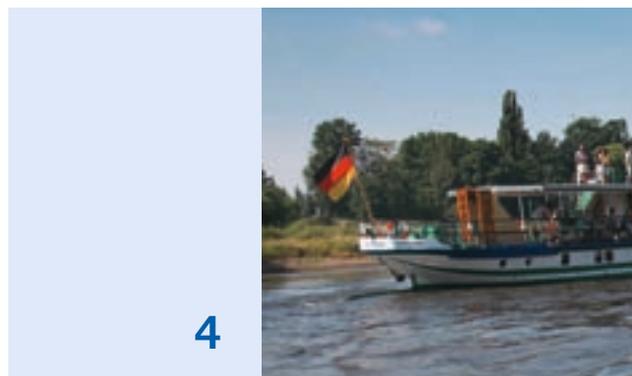


Foto: Picture-Alliance/Matthias Hiekel

### 18 Jahre Wiedervereinigung

Vom Elbsandsteingebirge bis nach Hamburg: Wer die Elbe entlangfährt, kann Erfolge und Probleme der deutschen Einheit ganz unmittelbar erleben. BLICKPUNKT BUNDESTAG unternimmt eine Elbreise und begegnet dabei den Abgeordneten Arnold Vaatz und Manuel Sarrazin, deren politische Heimat an diesem Fluss liegt.

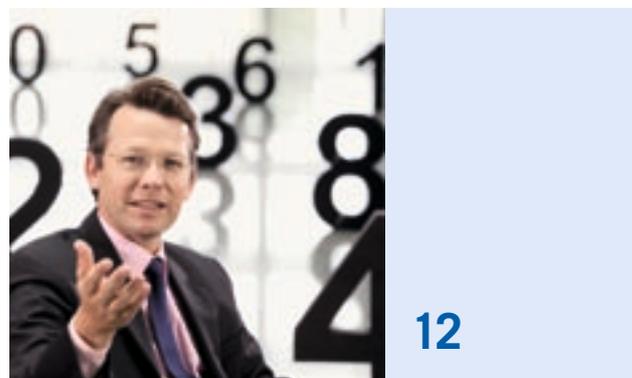


Foto: DBT/Werner Schüring

### Heiße Haushaltswochen

Im Herbst ist die heiße Phase der Haushaltsberatungen. Otto Fricke hat dann bereits viele Nächte lang die Einzelbeträge des Etats durchgearbeitet. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses liebt die Zahlen und sieht sich und seine Haushälterkollegen als atypische Politiker. Gemeinsam teilen sie sich sogar eine eigene Kneipe.

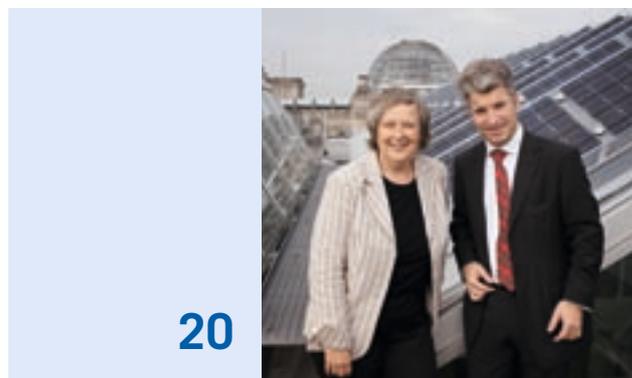


Foto: Thomas Köhler/photothek.net

### Die Energiefrage

Im BLICKPUNKT-Streitgespräch diskutieren darüber Sven Becker, Sprecher der Geschäftsführung der Trianel European Energy Trading GmbH, und Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen.



Dieser Ausgabe von **BLICKPUNKT BUNDESTAG** liegt das **SPEZIAL** „Reichstagsgebäude und deutsche Geschichte“ bei.



## AUF EINER SAFARI

währte sich womöglich so mancher Gast Anfang September im Bonner Museum König bei der Feierstunde des Bundestages zum 60. Jahrestag der Eröffnung des Parlamentarischen Rates. Den Lichthof des naturkundlichen Museums bevölkern wie schon 1948 ausgestopfte Zebras, Elefanten und Giraffen – damals standen sie allerdings hinter Vorhängen. Als Festredner war der französische Politologe Alfred Grosser geladen. Er betonte im Anschluss an die Rede von Bundestagspräsident Norbert Lammert die Wertorientierung des Grundgesetzes, das 1948/49 in der achtmonatigen Arbeit des Parlamentarischen Rates entstand: „Die Bundesrepublik ist in Wirklichkeit nicht im Hinblick auf die Nation gegründet worden, sondern im Namen einer politischen Ethik der Freiheit“, sagte Grosser.

# Begegnungen im Parlamentsviertel

**Stille in der Großstadt** Die Politik macht Pause, die Touristen beherrschen das Bild in der Hauptstadt. Wer dem touristischen Trubel entkommen will, kann sich in einem „Raum der Stille“ im Brandenburger Tor für einige Minuten besinnen. Der etwa 30 Quadratmeter große Raum ist leicht abgedunkelt, nur durch einen der beiden hellen Vorhänge dringt Licht von außen. Ein Punktstrahler beleuchtet einen braunen Webteppich an der Stirnwand. Oft ist man einziger Besucher hier. Einige Menschen kommen neugierig in den Vorraum, lesen die Beschreibung, gehen wieder. Christa Schwabe ist eine der vielen ehrenamtlichen Betreuerinnen, die Auskunft geben und Broschüren in 21 Sprachen anbieten. Sie kommt einmal im Monat, geht „je nach persönlicher Stimmung“ auch mal selbst in den Raum. **Christiane** und **Georg Grimm** aus Pörtschach am Wörthersee sind auf dem Weg vom Reichstagsgebäude zurück zu ihrem Bus hierher gekommen. „Stille und Be-

sinnung, das tut in diesen Zeiten gut“, meint Georg Grimm. Seine Frau ergänzt, hier stehe man auf historischem Boden, direkt an der früheren Grenze zwischen Ost und West. „Unseren Kindern ist zu wünschen, dass ihnen die Turbulenzen, die dieses Tor verkörpert, erspart bleiben.“



**Verfolgte des NS-Regimes** Ein Stückchen weiter südlich, am Rande des Tiergartens, steht eine graue Betonstele, die denen des gegenüberliegenden Denkmals für die ermordeten Juden Europas nachempfunden ist. Ein paar Tage zuvor haben Unbekannte das Fenster zerschlagen, hinter dem vorher ein küssendes Männerpaar zu sehen war. Die meisten Spaziergänger gehen achtlos vorüber, nicht aber **Malika** und **Bernd Amlung**, eine Französin und ein Deutscher. Er, der in Amerika für eine deutsche Großbank arbeitet, findet es wie seine Frau richtig,

dass auch den im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen ein Denkmal gesetzt wurde. Ein anderer Erinnerungsort soll erst noch entstehen. Hinter einem Metallgitterzaun an einem Weg im Tiergarten wird der Bau des nationalen Denkmals für die ermordeten Sinti und Roma angekündigt. **Florrie Tegtmeier** und **Tab Sander** studieren den Text. Sie besuchen



Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen

Foto: Carot/Trappe

die elfte Klasse eines Gymnasiums in München. Beide meinen, es sei gut, dass auch der ermordeten Sinti und Roma gedacht werde. In der Schule sei dieses Thema nicht gerade vertieft behandelt worden.



**Europa in Berlin** Auf dem Boulevard „Unter den Linden“ hat die Europäische Kommission ein Informationsbüro, den „Europa-Punkt“, eingerichtet. **Anna Straka** und **Thomas Schaal** aus Düsseldorf stöbern in dem Behälter, in dem Miniausgaben der Grundrechte-Charta der EU in den 23 Amtssprachen zu finden sind. Anna, die gebürtige Polin, lebt seit 20 Jahren in Deutschland. Sie haben Freunde in Osteuropa und suchen die Büchlein in den passenden Sprachen. **Thierry Monasse**, ein in Brüssel lebender Franzose, macht hier eine Pause. Der freiberufliche Fotograf arbeitet an einer Reportage über die ehemalige innerdeutsche Grenze zwischen Hof und Lübeck. Seine nächste Station ist der frühere Checkpoint Charlie. In seiner Kameratasche hat er einen knallgrünen Spielzeugtrabi, der auf allen seinen Fotos zu sehen sein wird.



**Am Reichstagsgebäude** Ganz in der Nähe des Reichstagsgebäudes erinnern 96 hochkant aufgestellte gebrochene Tafeln aus Eisenguss an die von den Nationalsozialisten ermordeten Reichstagsabgeordneten. Zwei Studenten, die Berlinerin **Janine Heinrich** und **Robert Parker** aus Sheffield, studieren die Inschriften auf den Oberkanten der Platten. Es sind die Namen, Daten und Sterbeorte der Ermordeten.

Auch **Susanne Bolliger** und **Hans-Ruedi Hüppi** aus Zürich kommen aus dem Reichstagsgebäude hierher. Sie hatten Glück, ohne Anmeldung an einer Führung teilnehmen zu können, und sind ganz begeistert über den Vortrag im Plenarsaal. Am Denkmal für die ermordeten Reichstagsabgeordneten werden bei Susanne Böllinger, der in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Endvierzigerin, Erinnerungen wach – an ihre Eltern, an den Großvater, der 1939 in Russland verhungert ist. Die Großmutter habe sich und ihre Kinder allein durchbringen müssen. „Wie ist es möglich, dass die Nazis so viel Macht bekommen haben, dass nicht mehr Leute gegen sie aufgestanden sind?“, fragt sie sich bei der Betrachtung der Erinnerungstafeln. Aber sie sei auch stolz, dass Deutschland so an seiner Vergangenheit arbeite.

*Klaus Lantermann* ■

## Veranstaltungstipp

# Reise durch deutsche Länder

Lesungen, Musik und kulinarische Genüsse aus Deutschlands Regionen gibt es am 3. Oktober zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz: Am Tag der Deutschen Einheit laden die Landesvertretungen von sieben deutschen Ländern zum Tag der offenen Tür ein. Ein unterhaltsames Programm und interessante Ausstellungen bieten landestypische Einblicke. Die Besucherinnen und Besucher können zudem die Gebäude der Vertretungen besichtigen.



Foto: DBT / Jurjo Kollmeier

**Tag der offenen Tür der Landesvertretungen, In den Ministergärten, Berlin-Mitte, Freitag, 3. Oktober 2008, von 10 bis 17 Uhr**

## TERMINE IM PARLAMENTSVIERTEL

**30. September, 19.30 Uhr**

**Mehr als Kunst: Schriftsteller und ihre Verantwortung in der Gesellschaft** Literaten Afrikas sprechen über die Möglichkeiten und Grenzen des öffentlichen Engagements.

**Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8**

**bis 3. Oktober**

**Ausstellung „Das Hambacher Schloss – Zur Bau- und Nutzungsgeschichte eines demokratischen Denkmals“**

**Landesvertretung Rheinland-Pfalz, In den Ministergärten 6, täglich (auch am Wochenende) von 10 bis 20 Uhr**

**5. Oktober, 11 Uhr**

**Meines Vaters Land. Geschichte einer deutschen Familie** Eine filmische Dokumentation über die Spurensuche der Journalistin und Buchautorin Wibke Bruhns über ihren im Zusammenhang mit dem Hitler-Attentat am 20. Juli 1944 hingerichteten Vater.

**Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13–14, Eintritt frei**

**6. Oktober, 8 bis 14 Uhr**

**Kindertag des Deutschen Bundestages** Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren mit mindestens einer Begleitperson können an einer kindgerechten Führung durch das Reichstagsgebäude teilnehmen.

**Letzter Eintritt 13 Uhr; Anmeldung beim Besucherdienst des Bundestages per Fax: (0 30) 2 27-3 00 27 oder per E-Mail: [besucherdienst@bundestag.de](mailto:besucherdienst@bundestag.de)**

**13. Oktober, 19 Uhr**

**Zwischen Bluejeans und Blauhemd, DDR-Jugend 1968** Dutschke oder Dubček? Wohin blickte die Jugend der DDR? Stefan Wolle, Autor des gerade erschienenen Buches „Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968“, beleuchtet diese Zeit.

**Stadtmuseum Berlin, Poststraße 16, Eintritt 5 Euro, ermäßigt 3 Euro**

18 Jahre Wiedervereinigung

# Deutschland. Eine

Wie kein anderer deutscher Fluss steht die Elbe erst für die Spaltung und jetzt für die Einheit Deutschlands. Wenn man 18 Jahre nach der Wiedervereinigung vom Elbsandsteingebirge im Süden bis Hamburg im Norden die Elbe entlangreist, werden viele Erfolge, aber auch manche Probleme der deutschen Einheit ganz unmittelbar erlebbar. An diesem Fluss liegt auch die politische Heimat von zwei Bundestagsabgeordneten, die aufgrund ihrer Biografien einen völlig unterschiedlichen Zugang zur Wiedervereinigung haben.



# Elbreise

**D**as innere Feuer brennt noch. Für den Dresdener Abgeordneten Arnold Vaatz ist die deutsche Einheit auch 18 Jahre nach dem 3. Oktober 1990 ein hoch emotionales Thema. „Es wurde viel mehr erreicht, als ich mir je erträumt hätte“, sagt er mit seiner ganzen Überzeugungskraft. „Wenn ich an die Zeit vor 1989 zurückdenke, kann ich nur feststellen: Was geschehen ist, hätte ich mir in meiner kühnsten Fantasie nicht vorstellen können.“

Der frühere DDR-Bürgerrechtler Vaatz, der seit 1998 als Mitglied der CDU/GSU-Fraktion im Bundestag sitzt, kann sich noch jeden Tag über die Freiheit freuen, die von den Ostdeutschen im Wendejahr 1989 erkämpft wurde. „Ich habe mich nie damit abfinden können, dass ich nicht frei war wie andere und beispielsweise nicht dahin reisen durfte, wohin ich wollte“, erinnert sich Vaatz, der seit 2002 als stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion auch für die neuen Länder zuständig ist.

„Oder dass ich nicht offen sagen durfte, was ich dachte.“

Für ihn ist die Freiheit noch immer der alles überragende Wert, der mit dem Sturz der DDR-Diktatur erkämpft wurde. Materielle Fragen könnten demgegenüber immer nur eine zweitrangige Rolle spielen. „Die Menschen, die im Sommer 1989 über Ungarn in den Westen geflohen sind, haben in der DDR alle materiellen Werte zurückgelassen“, erinnert er sich. „Sie wollten nur eines: die Freiheit.“ Der Dresdener räumt aber auch ein, dass

viele Ostdeutsche seine ungebrochene Freude über die errungene Freiheit nicht im gleichen Maße teilen. „Leider werden die großen Erfolge der Einheit von vielen Ostdeutschen nicht mehr ausreichend gewürdigt“, bedauert der Unionspolitiker. „Man blickt auf das, was nicht oder noch nicht erreicht wurde, und vergisst dabei, dass selbst die Erreichbarkeit dessen, was heute Realität ist, vor 1989 unvorstellbar war.“

Nach seiner Ansicht gibt es in den neuen Ländern aber nur deshalb eine gewisse DDR-Nostalgie, weil die Menschen genau wüssten, dass die früheren Verhältnisse niemals zurückkehren werden. „Wenn auch nur die geringste Möglichkeit bestünde, dass die SED-Herrschaft wieder Wirklichkeit würde, wäre mit der DDR-Nostalgie schlagartig Schluss“, sagt Vaatz, der sich seit Herbst 1989 im Neuen Forum engagierte und im Februar 1990 der CDU beitrug. „Das gilt natürlich nicht für diejenigen, die in der DDR ganz besondere Privilegien genossen. Die werden auf ewig der untergegangenen Diktatur nachtrauern.“

## Teilung ganz Europas

Die politische Heimat von Arnold Vaatz ist Dresden an der Elbe. Rund 600 Kilometer flussabwärts liegt die politische Heimat des jungen Abgeordneten Manuel Sarrazin von Bündnis 90/Die Grünen, der im Mai dieses Jahres für die neue Hamburger Umweltsenatorin Anja Hajduk in den Bundestag nachrückte. Sarrazin war acht Jahre alt, als die Mauer fiel, und anders als für Vaatz ist für ihn die deutsche Einheit eine Selbstverständlichkeit. „Als Kind war für mich die DDR allerdings weiter weg als Afrika“, räumt Sarrazin ein.

An das Einheitsjahr 1990 erinnert er sich vor allem deshalb, weil er damals mit seinem Vater eine Wette abschloss, wer die Bundestagswahl gewinnt. „Ich lag richtig, denn ich hatte auf Helmut Kohl gesetzt.“ Auch heute empfindet er für die neuen Bundesländer kein herausgehobenes Interesse und sieht sie schlichtweg als normalen Teil Deutschlands. Fragt man ihn nach persönlichen Eindrücken aus den neuen Ländern, überlegt er kurz und erinnert sich an einen Besuch in Weimar.



Foto: DBT/Werner Schüring

**Zur Person:** Arnold Vaatz (CDU/CSU), Jahrgang 1955, ist seit 1998 Mitglied des Bundestages, seit 2002 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Der gelernte Diplom-Mathematiker verweigerte in der DDR den Reservewehrdienst und trat 1989 ins Neue Forum ein. In Sachsen war er 1990 bis 1991 Chef der Staatskanzlei und 1992 bis 1998 Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung.  
[arnold.vaatz@bundestag.de](mailto:arnold.vaatz@bundestag.de)  
[www.arnold-vaatz-mdb.de](http://www.arnold-vaatz-mdb.de)

Viel mehr als für die neuen Bundesländer interessiert sich der junge Grünen-Abgeordnete für die östlichen Nachbarländer Deutschlands, besonders für Polen. Bei einem Schüleraustausch lernte er Mitte der 90er-Jahre in Warschau eine junge Polin kennen, in die er sich verliebte. „Die Freundin hat mittlerweile gewechselt, aber mein Interesse an Polen ist geblieben“, berichtet Sarrazin. Regelmäßig fährt er in das Nachbarland und pflegt dort intensive politische Kontakte. Als er kürzlich mit polnischen

Freunden den ehemaligen Mauerstreifen in Berlin besichtigte, ärgerte er sich über eine Gedenktafel, auf der nur an die deutsche Teilung erinnert wurde. Ihm ist es wichtig, dass man mit dem Mauerfall nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands verbindet, sondern auch die Wiedervereinigung Europas. „Die Mauer hat doch schließlich ganz Europa in zwei Teile zerschnitten.“

Nicht nur die Berliner Mauer, sondern auch ein Teil des Flusses, an dem Vaatz und Sarrazin ihre politische Heimat haben, teilte Deutschland und Europa jahrzehntelang in zwei Teile. Zwischen Lauenburg im Norden und Schnackenburg im Süden verlief der Eisernen Vorhang mitten durch die Elbe. Wie kein anderer Fluss stand sie erst für die Teilung und jetzt für die Einheit Deutschlands. Wenn man heute vom Elbsandsteingebirge bis Hamburg die Elbe entlangreist, werden viele Erfolge, aber auch manche Probleme der deutschen Einheit ganz unmittelbar erlebbar.

## Welle der Solidarität

Mehr als eine halbe Million Touristen besuchen jedes Jahr das Elbsandsteingebirge südöstlich von Dresden, eine der schönsten Landschaften Deutschlands. Wenn sie auf der berühmten Bastei hoch über der Elbe stehen und hinabblicken auf das malerische Flusstal, können sie spüren, dass es bei der Einheit nicht nur um politische und wirtschaftliche Fragen geht, sondern auch um eine kul-

## Aus dem Jahresbericht 2007

„Der Angleichungsprozess zwischen Ost und West kommt wieder voran. Trotz dieser Entwicklungen ist der Abstand zur Wirtschaftskraft der alten Bundesländer allerdings immer noch beträchtlich. Die Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung lag im Jahr 2006 erst bei rund zwei Dritteln (67,3 Prozent) des westdeutschen Wertes, die Steuerkraft der neuen Länder bei 37,8 Prozent der westdeutschen Steuerkraft und die Arbeitnehmerinkommen bei 77 Prozent des Westeinkommens. Die neuen Bundesländer sind mit einigen strukturellen und sozialen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel und der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit in besonderem Maße konfrontiert.“ *Auszug aus dem Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2007.*

[www.bmvs.de/beauftragter](http://www.bmvs.de/beauftragter)



Foto: ullstein bild/boness/IPON

**Moment der Freiheit: Deutsche aus Ost und West feiern den Fall der Mauer am Brandenburger Tor**

turelle Zusammengehörigkeit. Die nahe gelegene Festung Königstein von August dem Starken gehört zu Deutschland wie der Königssee in Bayern oder der Königsstuhl auf Rügen.

Als 2002 die Elbe und ihre Nebenflüsse nach extremen Regenfällen über die Ufer traten und katastrophale Zerstörungen anrichteten, erfasste ganz Deutschland eine Welle der Solidarität. Sie blieb nicht folgenlos. In der Sächsischen Schweiz präsentieren sich viele Orte mittlerweile schöner als vor der Katastrophe. Beliebte Ausflugsorte wie das Amselgrundschlösschen im Kurort Rathen wurden vorbildlich restauriert. Seit Frühjahr 2007 verzaubert auch der damals verwüstete Park um das herrschaftliche Schloss Weesenstein wieder seine Besucher.

Doch ausgerechnet in der Sächsischen Schweiz gibt es seit einigen Jahren ein gravierendes politisches Problem. Zumindest in einigen Gemeinden ist der rechtsradikalen NPD dort eine gewisse gesellschaftliche Verankerung gelungen. Zwar schnitt die Partei bei den

Kommunalwahlen im Juni dieses Jahres schlechter ab als bei der Landtagswahl 2004, doch gelangen ihr mancherorts erneut zweistellige Ergebnisse. Ausgerechnet in Sachsen, das unter den ostdeutschen Bundesländern fast durchweg die besten Finanz- und Wirtschaftsdaten

## „Die Mauer hat doch schließlich ganz Europa in zwei Teile zerschnitten.“

**Manuel Sarrazin**

aufzuweisen hat, konnte die rechtsextreme Partei ihre größten Erfolge seit Jahrzehnten erringen. Einige Landes- und Kommunalpolitiker wie der Pirnaer Oberbürgermeister Markus Ulbig (CDU) gehen das Problem offensiv an. So hat Ulbig seit seinem Amtsantritt 2001 durch

zahlreiche Initiativen dafür gesorgt, dass an Schulen, auf Festen und in Jugendklubs über Ziele und Methoden der Neonazis aufgeklärt wird.

Vorbei an Pirna, dessen Altstadt nach der Überflutung im August 2002 ebenfalls umfassend restauriert wurde, fließt die Elbe weiter nach Dresden. Stolz erhebt sich seit einigen Jahren wieder die Kuppel der Frauenkirche über dem Elbpanorama. Der Wiederaufbau vor allem durch private Initiativen wäre ohne die Wiedervereinigung nie möglich gewesen. Das gilt auch für die Rekonstruktion des barocken Grünen Gewölbes, durch das „die schlimmste Wunde der Museumsgeschichte Deutschlands geschlossen“ wurde, wie der Generaldirektor der Staatlichen Kunstsammlungen, Martin Roth, bei der Wiedereröffnung im September 2006 sagte. Wenige deutsche Städte haben unter dem Zweiten Weltkrieg und der Teilung Deutschlands so gelitten wie Dresden – und nirgendwo sonst wurden die Chancen, die Deutschlands Einheit seit 1990 bietet, auf so spektakuläre und



Foto: S. Kaminski/Fraktion B' 90/Die Grünen

**Zur Person:** Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen), Jahrgang 1982, ist seit 2008 Mitglied des Bundestages. 2004 bis 2008 war er Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und Sprecher der GAL-Fraktion für Europa, Internationales und Jugendbeteiligung. Er studiert Geschichte, Osteuropastudien und Jura und ist stellvertretender Landesvorsitzender der Europa Union Hamburg e.V. [manuel.sarrazin@bundestag.de](mailto:manuel.sarrazin@bundestag.de) [www.manuel-sarrazin.de](http://www.manuel-sarrazin.de)

für jedermann sichtbare Weise genutzt wie in der sächsischen Landeshauptstadt.

### Fehlende Steuerkraft

Einen ganz persönlichen Beitrag zur Einheit leistete vor wenigen Jahren der aus Dresden stammende und in Köln lebende Maler Gerhard Richter, der zu den erfolgreichsten Künstlern der Gegenwart zählt. Als Dauerleihgabe stellte er der Galerie Neue Meister im Dresdener Albertinum rund vierzig Werke zur Verfügung, sodass dieses Museum nun über die weltweit größte Sammlung seiner Bilder und Objekte verfügt. Erneut zeigte sich: Die deutsche Einheit ist nicht nur eine Frage von Zahlen und Fakten, sondern auch eines tiefen Gefühls der Verbundenheit.

Aber auch in Dresden gibt es Schattenseiten. Obwohl sich die Stadt zu einem Zentrum der Mikroelektronik entwickelt hat und auch sonst eine gute wirtschaftliche Entwicklung nimmt, beträgt die Arbeitslosenquote noch immer mehr

als zehn Prozent. Für die neuen Länder ein guter Wert, aber trotzdem ein Grund zur Sorge. Auch die Steuerkraft Dresdens liegt deutlich unter der einer vergleichbaren westdeutschen Stadt. Noch immer spielen die Einnahmen aus den verschiedenen Töpfen des Finanzausgleichs die dominierende Rolle in den Landes- und Kommunalhaushalten Ostdeutschlands. Die Steuereinnahmen sind viel zu gering, um die notwendigen Aufgaben aus eigener Kraft zu finanzieren. Insgesamt liegt die Steuerkraft der neuen Länder nur bei knapp 38 Prozent der alten Bundesrepublik.

Noch fließen die Mittel des Solidarpakts II in die Haushalte der ostdeutschen Länder und Gemeinden, doch von 2009 an wird dieser jedes Jahr um mehr als 700 Millionen Euro gekürzt, um dann 2019 ganz auszulaufen. Ob das Wirtschaftswachstum im Osten stark genug sein wird, um dieses Minus auszugleichen, ist höchst fraglich. Ostdeutsche Kommunalpolitiker räumen aber auch ein, dass die wichtigsten In-

**Schattenseiten der Wiedervereinigung: Die Arbeitslosigkeit im Osten ist doppelt so hoch wie in der alten Bundesrepublik**



Foto: uistem bild/boness/IPON

frastrukturinvestitionen mittlerweile zum Großteil finanziert werden konnten. Wenn Besucher aus Bayern oder anderen westdeutschen Bundesländern im Osten mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind, wundern sie sich gelegentlich, wie modern der Standard im Vergleich zum eigenen Umfeld ist.

Wie viel sich seit 1990 zum Guten gewandelt hat, wird auch an der Elbe nördlich von Dresden deutlich. Traditionsreiche Städte wie Meißen, Torgau oder die Lutherstadt Wittenberg erstrahlen in neuem altem Glanz. Manchmal ist ein Blick auf Fotos aus der Zeit vor 1990 notwendig, um sich in Erinnerung zu rufen, wie bedroht die historische Bausubstanz in der DDR war. Hätte der SED-Staat noch einige Jahre weiter existiert, wäre vieles unwiederbringlich verloren gewesen.

### Ökologische Erfolgsstory

Dramatisch verbessert hat sich seit 1990 auch die ökologische Situation in Ostdeutschland. Allein der penetrante Braunkohlegeruch stellte eine massive Beeinträchtigung der Lebensbedingungen in der DDR dar. Unter ökologischen Gesichtspunkten ist die deutsche Einheit eine fast makellose Erfolgsgeschichte. Auch das Wasser der Elbe ist sehr viel sauberer als vor 18 Jahren. Jahrzehntlang wurde der Fluss auch durch die giftigen Abwässer des Chemiesdreiecks von Leuna, Buna und Bitterfeld verschmutzt. Das ist nun Vergangenheit. Und mit staatlichen Fördergeldern von rund fünf Milliarden Euro ist es gelungen, den traditionsreichen Standort auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu erhalten. „Die Chemieindustrie gehört zu den Wachstumstreibern im Osten und ist eine echte Erfolgsstory“, sagte der Konjunkturperte des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Udo Ludwig. Nach der Ernährungswirtschaft und dem Automobilbau habe sich die Branche mit zuletzt zweistelligen Wachstumsraten zum drittgrößten Industriezweig in den neuen Ländern entwickelt.

Doch insgesamt liegt die Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung im Osten noch immer nur bei rund zwei Dritteln des westdeutschen Wertes. Fast jeder dritte Euro, der in den neuen



Ländern ausgegeben wird, wurde nicht dort erwirtschaftet, sondern stammt aus Transferleistungen. Eine Änderung ist nicht in Sicht, denn seit dem Einheitsboom Anfang der 90er-Jahre, der vor allem auf den Nachholbedarf bei Konsumgütern zurückzuführen war, lagen die Wachstumsraten in Westdeutschland fast immer höher als in den neuen Ländern. Anstatt sich zu schließen, hat sich die wirtschaftliche Schere zwischen Ost und West seit 1995 weiter geöffnet.

Besonders deutlich wird dies bei der Arbeitslosigkeit, die in den neuen Ländern noch immer doppelt so hoch ist wie in der alten Bundesrepublik. Lag die Quote im Juli 2008 im Westen bei 6,4 Prozent, betrug sie im Osten 12,8 Prozent. „Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit als Zeichen hoher Strukturschwäche gilt

als kennzeichnend für die besondere Situation Ostdeutschlands“, räumt auch der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Bau- und Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD), in seinem Jahresbericht 2007 zum Stand der Deutschen Einheit ein. Die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre zeigen zwar auch im Osten Wirkung, doch leider viel verhaltener als in der alten Bundesrepublik.

### Demografischer Wandel

Nördlich von Magdeburg durchquert die Elbe einige der besonders strukturschwachen Gebiete Ostdeutschlands: die Altmark in Sachsen-Anhalt oder auch die brandenburgische Prignitz. In Wittenberge erinnert der Turm des 1991 stillgelegten Nähmaschinenwerks – immerhin die größte freistehende Turmuhr

auf dem europäischen Festland – an vergangene industrielle Blütezeiten. Dramatisch ist in Wittenberge der demografische Wandel: Hatte die Stadt 1989 noch mehr als 30.000 Einwohner, so sind es mittlerweile weniger als 20.000. Mit Ausnahme des Berliner Umlands geht die Bevölkerungszahl überall in den neuen Ländern kontinuierlich zurück. Besorgniserregend ist der Trend auch deshalb, weil vor allem junge und gut ausgebildete Ostdeutsche ihre Heimat verlassen.

150 Kilometer flussabwärts zeigt sich schon wieder ein ganz anderes Bild. Wie kaum eine andere westdeutsche Großstadt hat Hamburg seit 1990 von der Einheit profitiert. Die Hansestadt ist von einer Randlage wieder in die Mitte Norddeutschlands gerückt. Schnell ist man von Hamburg nun auch in der Hauptstadt: Die Fahrzeit mit dem Zug nach Berlin hat sich durch die neue ICE-Strecke – eines der 17 zentralen „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ – seit 1990 von vier

auf eineinhalb Stunden verkürzt. Wie sehr Hamburg boomt, macht eine simple Zahlenrelation deutlich: Obwohl die Hansestadt nur halb so viele Einwohner hat wie Berlin, lag ihr Bruttoinlandsprodukt 2007 mit 89 Milliarden Euro um mehr

## „Was sehen Sie heute fast überall in Ostdeutschland? Blühende Landschaften!“

**Arnold Vaatz**

als fünf Milliarden Euro über dem der Bundeshauptstadt. Der Vergleich zeigt auch, wie groß die Strukturunterschiede zwischen Ost und West noch immer sind.

Am 3. Oktober 2008 wird die deutsche Einheit volljährig – und die Deutschen haben Grund, trotz aller Probleme auf das Erreichte stolz zu sein. Alles in allem kann die Wiedervereinigung als Erfolgsgeschichte gelten. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Ost und West ist ungebrochen. Und dass ein junger Hamburger wie Manuel Sarrazin, für den als Kind die DDR weiter weg war als Afrika, die Einheit als bare Selbstverständlichkeit empfindet, macht ebenfalls deutlich, dass vieles gut gelungen ist beim Zusammenwachsen Deutschlands.

Arnold Vaatz ist sogar überzeugt, dass ein besonders umstrittenes Wort von Helmut Kohl mittlerweile vollauf bestätigt wurde. „Was sehen Sie fast überall, wenn Sie heute durch Ostdeutschland fahren und das Land schon in den 80er-Jahren kannten?“, fragt der Unionsfraktionsvize. „Blühende Landschaften!“

*Joachim Riecker* ■

**Im Zweiten Weltkrieg zerstört, 1994 bis 2005 wieder aufgebaut: die Frauenkirche in Dresden**



Foto: DBT/studio kohmeier



## Bundesratspräsident Ole von Beust

# „Konzentration auf Länderinteressen“

**Gespräch mit Ole von Beust, Erster Bürgermeister Hamburgs und Bundesratspräsident, über Bundesrat und Bundestag, Schwarz-Grün und die deutsche Einheit.**

**Blickpunkt Bundestag:** Was macht der Bundesratspräsident?

**Ole von Beust:** Hauptaufgabe ist die Einberufung und Leitung der Plenarsitzungen des Bundesrates. Er vertritt die Bundesrepublik rechtlich in allen Bundesratsangelegenheiten. Ist der Bundespräsident verhindert, nimmt er dessen Amt stellvertretend wahr.

**Blickpunkt:** Was war für Sie besonders bemerkenswert?

**Von Beust:** Die vielen interessanten Begegnungen mit Menschen aus aller Welt, zum Beispiel mit dem chilenischen Senatspräsidenten, mit dem ich ein sehr aufschlussreiches Gespräch über die politische Entwicklung Südamerikas führen durfte.

**Blickpunkt:** Wie ist das Zusammenwirken von Bundesrat und Bundestag in Zeiten einer Großen Koalition?

**Von Beust:** Vergleichsweise unkompliziert. Das liegt auch daran, dass der Bundesrat sich stärker auf die Wahrung der Länderinteressen und die sachpolitischen Debatten konzentriert und weniger Bühne für die parteipolitische Auseinandersetzung ist.

**Blickpunkt:** Vom Vermittlungsausschuss hört man auch nur noch selten. Könnte sich das ändern?

**Von Beust:** Das wird von der Zusammensetzung der nächsten Bundesregierung abhängen. Große Koalitionen bringen es mit sich, dass Meinungsverschiedenheiten von den Parteien bereits ausgeräumt werden, ehe es zur Befassung im Bundesrat kommt.

**Blickpunkt:** Sie selbst haben mit dem ersten schwarz-grünen Bündnis auf Landesebene Koalitionsgeschichte geschrieben.

**Von Beust:** Wir haben einen sehr guten Start gehabt, weil wir mit Offenheit und Respekt aufeinander zugegangen sind. Und wir sind uns darin einig, dass wir jenseits aller in Beton gegossenen Schemata eine erfolgreiche Politik für Hamburg machen wollen. Ich bin sehr zufrieden.

**Blickpunkt:** Brechen Sie damit Blöcke über die Hansestadt hinaus auf?

**Von Beust:** Wir machen Politik für Hamburg, das ist unser Interesse und unser Auftrag. Wie und wann sich in anderen Bundesländern welche Koalitionen zusammenfinden, bleibt ihnen überlassen, da sollte jeder die Möglichkeit haben, nach der eigenen Fassung selig zu werden.

**Blickpunkt:** Hamburg richtet in diesem Jahr den Tag der Deutschen Einheit aus. Wie sehen Sie die Einheit im Jahre 19 nach dem Fall der Mauer? Was bleibt zu tun?

**Von Beust:** Die jungen Leute kennen Deutschland doch nur noch geeint, die machen keinen größeren Unterschied zwischen Ost und West als zwischen Schleswig-Holstein und Bayern. Und diese Entwicklung wird sich kraft der Zeit fortsetzen. Was mir und vielen Menschen Sorge macht, ist die demografische Entwicklung in Ostdeutschland: Landstriche entvölkern sich, Städte schrumpfen, das wirtschaftliche Fundament wirkt teilweise zu schwach. Das ist ganz sicher keine Entwicklung, mit der wir zufrieden sein können.

**Blickpunkt:** Was wünschen Sie sich zum 20. Jahrestag des Mauerfalls im kommenden Jahr?

**Von Beust:** Mehr Ruhe und Gelassenheit für uns alle im Umgang mit dem Thema deutsche Einheit. Da bricht sich zu oft die etwas grüblerische, miesepetrig und besserwisserische Ader unseres Nationalcharakters Bahn.

*Interview Gregor Mayntz* ■

**Zur Person:** Ole von Beust (CDU), Jahrgang 1955, ist seit 2001 Erster Bürgermeister Hamburgs. Turnusgemäß ist er von November 2007 bis November 2008 auch Präsident des Bundesrates. [www.hamburg.de](http://www.hamburg.de)

Otto Fricke

# Bitte zahlen

Wenn im September die heißen Haushaltswochen mit Debatten über den Etat für 2009 anstehen, haben Otto Fricke und seine Kollegen aus dem Haushaltsausschuss bereits die Hauptarbeit hinter sich. Der FDP-Abgeordnete ist Vorsitzender dieses größten aller Bundestagsausschüsse und steht damit jenem Gremium vor, das die Schlüsselfunktion bei der Budgetkontrolle innehat. Er schätzt die Zahlen, denn sie machen Politik konkret. Auch wenn es dann oft heißt: „Geht nicht, haben wir nicht, können wir nicht.“

„Als wir in die Sommerpause gingen, schien vielen noch alles eitel Sonnenschein.“

**W**ie viele es wohl sind? Gezählt hat Otto Fricke sie nicht, die Dosen und Tüten voller Lakritze aus aller Welt, die sich in seinen Büroräumen stapeln. Aber den Überblick bewahrt er immer: Wird das Glas am runden Besuchertisch beunruhigend leer, füllt er sofort nach. Überblick hat er auch über weitaus größere Dimensionen: 288,4 Milliarden Euro an Einnahmen und Ausgaben – das ist der Bundesetat für 2009. Über all die Posten und Pöstchen, die hinter der riesigen Summe stecken, berät der Haushaltsausschuss des Bundestages, dessen Vorsitzender Fricke ist.

Auch wenn Fricke seine Position heute als „Traumjob“ bezeichnet: Als die Anfrage kam, war er nicht sofort hellauf begeistert. „Wenn jemand mit 40 diesen Job bekommt, gibt ihm das auch eine Prägung“, weiß der heute 42-Jährige. Natürlich nahm er die Chance trotzdem wahr – und hat es nicht bereut, trotz al-

ler Sisyphusarbeit: „Klar bringt mir das Spaß, es sind doch Zahlen!“ Die schätzt der gebürtige Krefelder nicht in ihrer Abstraktheit, sondern weil hinter ihnen Sachverhalte stehen, Spielräume, um Politik zu gestalten. „Politik beschäftigt sich meist mit Wünschen und Wollen. Der Haushalt hingegen ist konkret, er setzt sich aus den realen Zahlen zusammen.“

Der Vorsitz dieses Ausschusses wird stets an die Opposition vergeben – Fricke arbeitet also indirekt daran, ihn wieder loszuwerden, schließlich will er in die Regierung. Die Aufgabe ist noch zeitaufwendiger als die Abgeordnetentätigkeit generell, speziell ab dem Sommer, wenn die Prüfung des Haushalts für das kommende Jahr ansteht. Vor Beginn der Sitzungsfreien Zeit hatte die Bundesregierung den von Finanzminister Peer Steinbrück vorgelegten Haushalt 2009 beschlossen. Dann ging es für die Etatexperten los. „Lesen, lesen, lesen“, fasst Fricke seine Arbeit zusammen. Rund



A man in a dark suit, light pink shirt, and dark tie stands in a modern office with large windows. He is positioned between two large, black, three-dimensional numbers: a '2' on the left and a '4' on the right. The floor is highly reflective, showing the man and the numbers. In the background, through the windows, a cityscape is visible. The numbers '63', '1', and '5' are also visible on the floor in the background.

2

4

63

1

5

2.500 Seiten mit Zahlen, die die Einzelzeleats der Ministerien auflisten, werden auf Plausibilität geprüft. Gut, dass er mit fünf Stunden Schlaf auskommt.

Nur für den Urlaub mit seiner Frau und den drei Kindern hat er sich freigegeben, auch von den Akten. Nicht aber komplett von der Politik: Diesen Sommer traf er an der Nordsee einen befreundeten Haushälter samt Familie, Steffen Kampeter von der CDU. Sonst zieht es Fricke häufig in die Niederlande. Krefeld liegt 35 Kilometer vor der holländischen Grenze, daher wuchs er mit dem Fernsehprogramm in der fremden Sprache auf. Heute spricht er fließend Holländisch, was ihm zuletzt zugutekam, als er bei einem Staatsbankett am niederländischen Königshof ungezwungen mit Prinzessin Máxima plaudern konnte. Ihn fasziniert das Land: „So ziemlich alle gesellschaftlichen Entwicklungen, die man dort beobachten kann, erfolgen, wenn auch mit anderen Ergebnissen, einige Jahre später auch bei uns.“

Die neueste Entwicklung für Deutschland ist das Ende des Aufschwungs. „Als wir in die Sommerpause gingen, schien vielen noch alles eitel Sonnenschein“, erzählt Fricke. Dann kamen die schlechteren Zahlen. Wie sich die Finanzlage angesichts der verlangsamten Konjunktur entwickeln wird, findet er spannend. Die Abschwächung wird sich erst verzögert auf die Steuereinnahmen auswirken, doch die wichtigen Fragen für die nächste Zeit seien schon klar: „Sind wir bereit, weitere Reformen zu machen? Und funktionieren die wenigen übriggebliebenen Teile der Agenda 2010 bei schlechterer Konjunktur?“

Als Kind spielte Fricke zwar nicht mit einem Kaufmannsladen. Aber die Bedeutung von Geld lernte er durch seine Eltern, die beide selbstständig waren: „Sie haben mir sehr früh klargemacht, dass ein eingenommener Euro lange kein Euro Gewinn ist.“ Das Handwerk im Umgang mit den Zahlen muss man beherrschen, „sonst tricksen einen die Ausgabenpolitiker aus“. Ausgabenpolitiker, das sind für ihn alle jene, die sich über die Finanzierbarkeit ihrer Projekte keine Gedanken machen.

Etwa Ursula von der Leyen. „Sehr geschickt“ sei die Familienpolitikerin darin, ihre Forderungen durchzusetzen.

Wenn es nach Fricke ginge, würde sie auf andere Weise Rücksicht auf Kinder nehmen: Indem sie ihnen kleinere Schuldenberge hinterlasse und einen ausgeglicheneren Etat. Das entspräche seiner Sicht einer Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Über zu wenig Freiraum bei der Gestaltung mag Fricke nicht klagen. Obwohl allein 80 Milliarden Euro für die Rente festgelegt sind, sieht der selbstbewusste Politiker Spielräume: „Dann muss man eben langfristig an der Rentenformel etwas ändern, das geht schon.“ Schätzungsweise fünf Prozent des Etats sind nicht von vorneherein zweckgebunden, also etwa 14,4 Milliarden Euro. Um die ringen die Ministerien mit aller Kraft.

## Neues Haushaltssystem?

Der Jurist träumt davon, das gesamte Verfahren der Haushaltsaufstellung zu verändern. „Wir haben ein Bottom-up-System: Jedes Ministerium stellt seine Forderungen auf.“ Daraus entsteht dann der Gesamthaushalt – auch wenn der natürlich mit den Einnahmen unter einen Hut gebracht werden muss. Fricke wäre dafür, das System umzukehren: Die Gesamtsumme des verfügbaren Geldes sollte Ausgangsbasis für die Einzelhaushalte sein. Wer mehr für ein bestimmtes Projekt ausgeben will, müsste in seinem Etat anderswo die entsprechende Summe einsparen oder von einem Ministerkollegen etwas bekommen. Dazu sollte mehr Transparenz kommen. „Heute kämpft, wenn überhaupt, der Finanzminister allein gegen die Ausgabenminister“, urteilt Fricke. Das müsste sich ändern. Entsprechend gut gefiel ihm, dass Steinbrück im Frühjahr tadelnde blaue Briefe an die Ressortchefs schickte, die sich allzu maßlos gaben. Da

habe sich die Wahrnehmung verschoben: „Plötzlich waren die bösen Buben!“ Sonst sind das nämlich häufig diejenigen, die zum Sparen aufrufen.

Beliebt macht man sich nicht damit zu sagen, was alles nicht geht. Das sei wie in einer Familie: Nicht die Mutter, die verbiete, sondern der Vater, der gegen die Vernunft das Aufbleiben eine Stunde länger erlaube, komme bei den Kindern gut an. In seinem Wahlkreis versucht Fricke deshalb immer, den Leuten klarzumachen, dass sie alle Ausgaben selbst bezahlen müssen. „Auf Veranstaltungen sage ich den Bürgern oft: ‚Wenn Ihnen ein Politiker etwas verspricht, schauen Sie, wo er es Ihnen aus der Tasche zieht.‘“

Diese Sichtweise scheint ihm charakteristisch für Haushälter. „Atypische Politiker“ seien sie. Statt das Blaue

Foto: DBT/Werner Schüring

**Zur Person:** Otto Fricke (FDP) wurde am 21. November 1965 als Sohn eines Rechtsanwalts paares in Krefeld geboren. Er ist Jurist in einer Sozietät in seiner Heimatstadt. Der dreifache Familienvater nennt unter anderem Wandern, Aquaristik und die Niederlande als Hobbys. Neben Lakritz hat er ein Faible für amerikanische Karikaturen. Fricke ist seit 2002 im Bundestag und seit 2005 Vorsitzender des Haushaltsausschusses.

**otto.fricke@bundestag.de**  
**www.otto-fricke.de**

vom Himmel zu versprechen, seien ihre Leitsätze „geht nicht, haben wir nicht, machen wir nicht“. Dass es dafür keine Fanclubs gibt, gelte es auszuhalten. Wie auch die neidischen Kommentare, Haushälter seien „Abgeordnete zu Pferd“. Eine Bezeichnung aus der Bismarckzeit – statt einfacher Parlamentarier seien sie etwas höhergestellt. „Das ist Quatsch“, meint Fricke dazu. Ein paar Privilegien erfordert die Aufgabe aber. Etwa, dass Anfragen der Haushälter an Ministerien deutlich schneller beantwortet werden als die „normaler“ Abgeordneter. Alle wissen, wie einflussreich die Haushälter sind – „bloß nicht vergrätzen“, lautet das ungeschriebene Gesetz in den Fachressorts. Oder dass sich die Minister selbst einfinden, um zu Detailfragen ihrer Etats Stellung zu nehmen.

Ein weiteres Privileg scheint, dass der Ausschuss eine Kneipe sein Eigen nennt: die „Papierkneipe“. Eigentlich handelt es sich um das Sekretariat des Haushaltsausschusses, in dem sich Stapel von Akten und Vorlagen türmen. Den Namen verdiente sich der Raum, weil hier zum Abschluss des Haushaltsaufstellungsverfahrens, meist tief in der Nacht, alle Ausschussmitglieder gemeinsam ein Bier trinken. Auch eine Kaffeemaschine gibt es: „Man muss doch den Ministern, die hier ihren Etat vorstellen, etwas zu trinken anbieten können, auch nach Mitternacht.“ Die erste Maschine, ein Luxusmodell für angeblich 1.000 D-Mark, hatte Helmut Kohl spendiert. Die aktuelle stammt von Frank-Walter Steinmeier.

Der Umgangston zwischen den Haushältern ist entspannt. Allein die

**„Politik beschäftigt sich meist mit Wünschen und Wollen. Der Haushalt hingegen ist konkret.“**



langen gemeinsamen Sitzungen schweißen zusammen. Speziell die abschließende Bereinigungssitzung, die leicht bis halb drei Uhr morgens dauert. „Entweder man hasst sich, oder aber man arbeitet gut miteinander“, so laute die Alternative. Da die Sitzungen nicht öffentlich sind, kann sehr offen geredet werden. Manches dringt trotzdem nach außen. Etwa der Wutanfall von Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD), als ihr vergangenes Jahr klar wurde, dass ihr Etat an einer Stelle stark beschnitten wurde. Denn auch die Einhaltung des Haushalts behalten die Rechnungsprüfer im Ausschuss im Blick. Wer zu ungenutzt Geld von einem Posten für einen anderen ausgibt, dem droht Ungemach, wie die dienstälteste Ministerin erfahren musste.

Seiner Rolle in der Demokratie ist sich Fricke sehr bewusst: „Wir sind die Speerspitze der Parlamentskontrolle.“ Würden die Abgeordneten diese Kontrolle nicht mit viel Elan und Pedanterie betreiben, könnte man sie auch gleich sein lassen – auf einen Abnickverein könne die Republik verzichten. Unter den Be-

dingungen der Großen Koalition sieht er dabei vor allem ein praktisches Problem für die Opposition: die fehlende Manpower. „Es gibt einfach weniger Leute, die nachbohren können“, fragen, was hinter einem Projekt steckt, woraus sich gestiegene Kosten ergeben, was für Alternativen es gibt. Fricke setzt darauf, dass die FDP nach der Wahl wieder an die Regierung kommt. Auch wenn er sich keinen Illusionen hingibt: „Ich weiß, wie viel langsames, beständiges Bohren von dicken Brettern Regieren ist.“

### Frühe Termine

Auch in der Opposition arbeitet Fricke häufig von morgens um sieben bis abends um halb elf: „Ich mache gerne Termine um 7.30 Uhr, da lässt sich leicht erkennen, wie wichtig jemandem sein Anliegen ist.“ Familiensatz ist in solchen Zeiten schon mal die Partei. Eine Art Klub sei die FDP, eine enge Gemeinschaft von Menschen mit ähnlichen Interessen. So zählt Fricke Liberale wie den Gesundheitspolitiker Daniel Bahr, den Finanzfachmann Volker Wissing und die Innen-

politikerin Gisela Piltz zu seinem Freundeskreis. Wenn es dann in einer Sitzungswoche mal wieder spät geworden ist, er aber noch nicht nach Hause möchte, schickt er eine SMS herum: Jemand Lust auf ein Bier in der Parlamentarischen Gesellschaft? Zu mehr reicht die Zeit selten.

Zu Hause in Krefeld genießt Fricke das Familienleben. Natürlich würde er nicht Nein sagen, wenn ihm ein Staatssekretärposten oder gar der eines Ministers angeboten würde. Aber ein Wunschtraum ist es für ihn nicht – dann gäbe es nämlich noch weniger Freizeit als jetzt schon. „Wenn ich Ende nächsten Jahres einfaches Mitglied im Haushaltsausschuss werde, werde ich auch daran Freude haben. Da fällt mir kein Zacken aus der Krone.“ Anders dürfte es aussehen, wenn er nicht wieder in den Bundestag gewählt würde: „Der Job als Parlamentarier macht mir Spaß.“ Ausschließlich Lakritze zu sammeln, Rechtsanwalt zu sein und in der Kanzlei die Buchführung zu erledigen, das wäre nichts für Otto Fricke.

*Christina Jäger* ■



Foto: DBT/Werner Schüring



**Zur Person:** Andrea Wicklein, Jahrgang 1958, Abgeordnete der SPD-Fraktion, ist Diplomökonomin und ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik.  
[andrea.wicklein@bundestag.de](mailto:andrea.wicklein@bundestag.de)  
[www.andrea-wicklein.de](http://www.andrea-wicklein.de)

**Politik heißt Detailarbeit. Viele Bundestagsabgeordnete bearbeiten ungewöhnliche Spezialgebiete. Hier werden sie vorgestellt.**

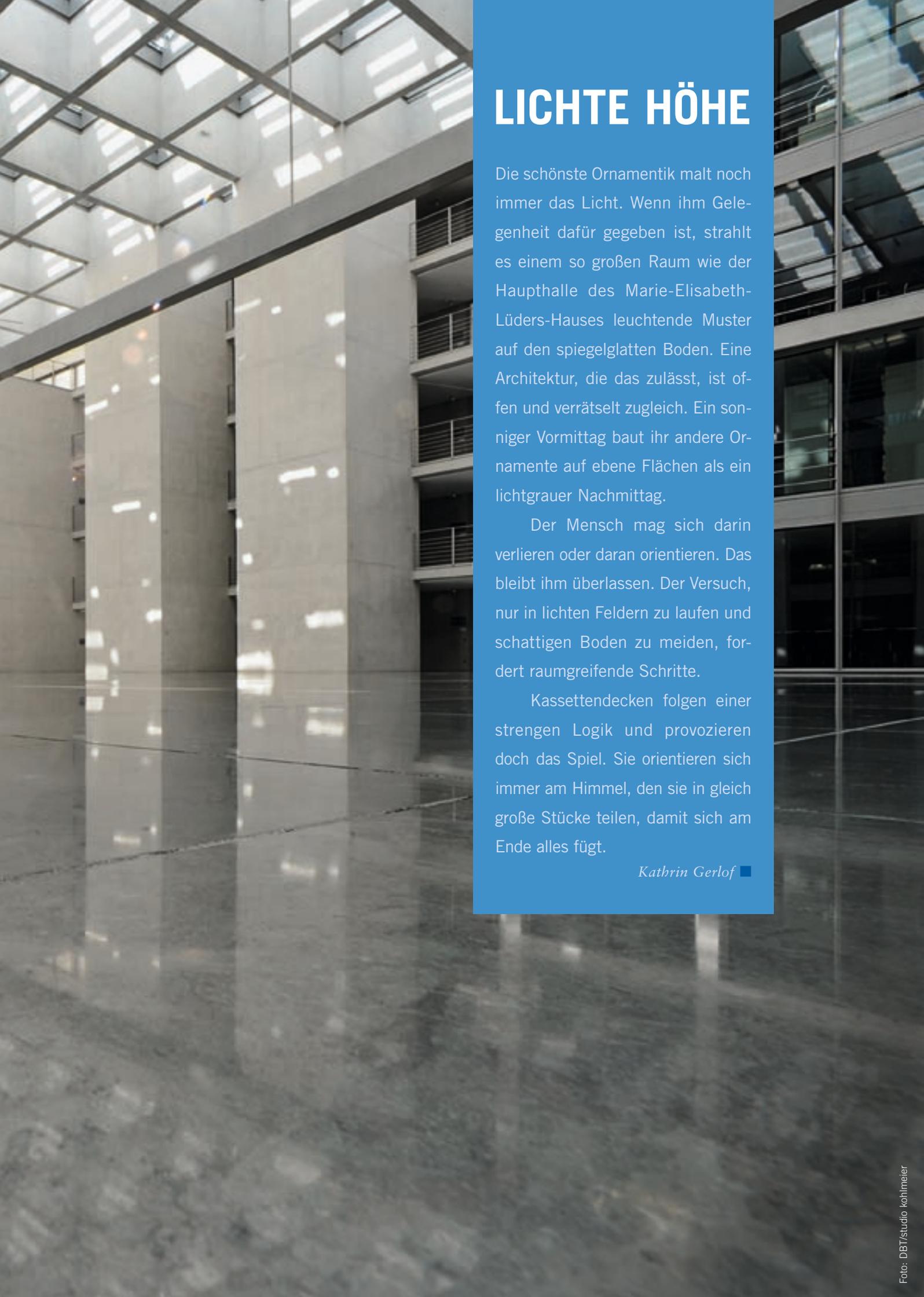
## Haben Schornsteinfeger bald kein Glück mehr, Frau Wicklein?

**I**ch hoffe schon, dass sie weiterhin Glück bringen und das Handwerk eine Zukunft hat. Wir haben im Juni 2008 ein Gesetz zur Reform des Schornsteinfegerwesens im Bundestag beschlossen. Dazu waren wir durch Vorgaben der Europäischen Kommission verpflichtet, denn das europäische Wettbewerbsrecht schreibt vor, das Schornsteinfegermonopol teilweise aufzuheben. Künftig sind die meisten Tätigkeiten der Schornsteinfeger in den freien Wettbewerb entlassen. Die Bürgerinnen und Bürger können sich ihren Schornsteinfeger aussuchen. Es wird Konkurrenz geben, denn ab 2013 können Schornsteinfegerarbeiten von jedem ausgeführt werden, der als Schornsteinfeger in die Handwerksrolle eingetragen ist. Die Gebühren werden daher nicht mehr für ein auskömmliches Einkommen reichen. Im Gegenzug aber dürfen Schornsteinfeger nun auch Nebentätigkeiten ausüben. Um faire und neutrale Messungen an Feuerungsanlagen zu sichern, haben wir konkrete Regelungen ins

Gesetz geschrieben. In der Übergangszeit dürfen Schornsteinfeger Anlagen, bei denen sie Messungen vornehmen, nicht gleichzeitig warten. Messdaten dürfen nur zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben benutzt und nicht an die übermittelt werden, die ein geschäftliches Interesse an ihnen haben.

Uns war wichtig, das deutsche Schornsteinfegerrecht europarechtskonform zu gestalten und zugleich die wichtige Aufgabe des Brand- und Immissionsschutzes weiterhin staatlich zu regeln. Auch künftig wird der Bezirksschornsteinfeger im Auftrag des Staates für den Brand- und Umweltschutz an Feuerungsanlagen verantwortlich sein. Er führt das Kkehrbuch und kontrolliert die Einhaltung des Immissionsschutzgesetzes. Ab 1. Januar 2010 werden die Kkehrbezirke ausgeschrieben und nicht mehr aus einer Bewerberliste besetzt. Ich bin froh, dass wir dieses Gesetz nun in dieser Form haben, denn Brandschutz und Betriebssicherheit von Feuerungsanlagen sind wichtig und bleiben gewährleistet. ■





# LICHTE HÖHE

Die schönste Ornamentik malt noch immer das Licht. Wenn ihm Gelegenheit dafür gegeben ist, strahlt es einem so großen Raum wie der Haupthalle des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses leuchtende Muster auf den spiegelglatten Boden. Eine Architektur, die das zulässt, ist offen und verrätselt zugleich. Ein sonniger Vormittag baut ihr andere Ornamente auf ebene Flächen als ein lichtgrauer Nachmittag.

Der Mensch mag sich darin verlieren oder daran orientieren. Das bleibt ihm überlassen. Der Versuch, nur in lichten Feldern zu laufen und schattigen Boden zu meiden, fordert raumgreifende Schritte.

Kassettendecken folgen einer strengen Logik und provozieren doch das Spiel. Sie orientieren sich immer am Himmel, den sie in gleich große Stücke teilen, damit sich am Ende alles fügt.

*Kathrin Gerlof* ■



## Die Energiefrage

# Schmerzhafter Abschied von der Verschwendung

Jeder spürt die explodierenden Energiepreise: die Familie an der Strom- und Heizrechnung, der Autofahrer an der Tankstelle, die Unternehmer an den Herstellungskosten. Immer deutlicher wird, wie stark unser Wohlstand und unsere Lebensweise von ausreichender und bezahlbarer Energie abhängen. Wie sehen die politischen Konzepte zur Lösung der Energiefrage aus? Im Streitpunkt von BLICKPUNKT BUNDESTAG diskutieren darüber Sven Becker, Sprecher der Geschäftsführung der Trianel European Energy Trading GmbH, und Bärbel Höhn, stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen.

**D**as Statistische Bundesamt hat es gerade schwarz auf weiß dokumentiert: Wer in den letzten Jahren keine Anstrengungen unternommen hat, den Verbrauch bei Strom, Wärme und Sprit zu senken, muss heute rund 21 Prozent mehr für Energie zahlen als noch vor zwei Jahren. Im Vergleich zum Jahr 2002 liegt die Steigerungsrate inflationsbereinigt sogar bei 55 Prozent. Und ein Ende der Preisspirale ist nicht in Sicht. Die großen Versorger haben neue Erhöhungen ihrer Gastarife in zweistelligen Prozentmargen angekündigt. Sie begründen dies mit den explodierenden Rohölpreisen, an die der Gaspreis in Deutschland gekoppelt ist.

In der Politik schrillen längst die Alarmglocken. Über alle Parteigrenzen hinweg sind sich die Fraktionen im Bundestag einig, dass die Energiefrage zu einer wichtigen Existenzfrage unserer Gesellschaft geworden ist. Nicht nur Umwelt- und Wirtschaftspolitiker, sondern auch Sozialpolitiker zerbrechen sich die Köpfe nach einem stimmigen und ganzheitlichen Energiekonzept. Keine leichte Aufgabe, gilt es doch, Wettbewerbsfähigkeit, Umweltverträglichkeit, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit des Energiemarktes unter einen Hut zu bringen.

Alle Parteien sind sich auch darin einig, dass die erneuerbaren Energien aus Wind, Wasser, Biomasse, Sonne und Erdwärme kräftig forciert werden müssen.

Fossile Ressourcen gehen irgendwann zur Neige: Sonnenaufgang vor dem Kohlekraftwerk in Mehrum (Niedersachsen)

Nicht nur aus Gründen des Klima- und Umweltschutzes, sondern auch, weil Öl, Gas und Kohle als fossile Energien nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen werden. Über Potenzial, Kosten und Realisierungszeiträume von regenerativer Energie wird allerdings heftig gestritten.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil von erneuerbarer Energie bei der Stromversorgung von heute rund 14 Prozent (2007) bis zum Jahr 2020 auf 25 bis 30 Prozent zu steigern. Die Unionsparteien folgern daraus, dass die restlichen 70 Prozent nur durch längere Laufzeiten von Atomkraftwerken und den Bau von neuen Kohlekraftwerken langfristig gesichert werden können. Die SPD will dagegen beim verabredeten Ausstieg aus dem Atomstrom bleiben und setzt auf einen Energiemix aus modernen Kohlekraftwerken und erneuerbarer Energie. Das Angebot der Atomindustrie, bei längeren Laufzeiten ihrer Atommeiler Sozialtarife anzubieten und regenerative Energie massiv zu fördern, hält sie für eine wenig seriöse Lockofferte.

Am radikalsten denken die Grünen. Sie setzen uneingeschränkt auf erneuerbare Energien, sagen Nein zum Atomstrom und wollen Kohlekraftwerke nur noch für wenige Jahrzehnte des Übergangs dulden. Sie erinnern die Regierungsparteien an das Versprechen beim internationalen Klimaschutzabkommen, die Emissionen bis 2020 unter das Niveau von 1990 zu reduzieren. Kohlekraftwerke mit ihrem CO<sub>2</sub>-Ausstoß würden diesem Ziel entgegenstehen.

Doch wie realistisch ist das grüne Ziel, den Anteil von Ökostrom in den nächsten zwölf Jahren auf 40 Prozent zu steigern? Wie sicher ist unsere Energieversorgung, wenn alle Atommeiler vom Netz sind und an Kohlekraftwerke immer höhere Ansprüche gestellt werden? Und vor allem: Ist Ökoenergie für den Durchschnittsverdiener bezahlbar? ■

### Energieprogramm

Informationen zum integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung finden Sie unter:



[www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

Auch der Bundestag nutzt für seine Versorgung regenerative Energien:  
Bärbel Höhn und Sven Becker bei den Fotovoltaikanlagen auf dem Jakob-Kaiser-Haus

## Streitgespräch: Sven Becker und Bärbel Höhn

# Woher kommt künftig bezahlbarer Strom?

**Wie produzieren wir in Zukunft Energie? Mit Kohlekraftwerken und Atommeilern? Mit Windkraft und Biomasse? Und was wird das kosten? BLICKPUNKT BUNDESTAG hat die stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Bärbel Höhn, zum Streitgespräch gebeten. Mit ihr diskutiert Sven Becker, der als Sprecher der Geschäftsführung von Trianel – einem Verbund von mehr als 80 regionalen Energieversorgern – ein Mann der Praxis ist. Trianel ist 1999 aus der Liberalisierung der Energiemärkte mit dem Ziel entstanden, Stadtwerke in ihrer Eigenständigkeit zu unterstützen.**

**Blickpunkt Bundestag:** Frau Höhn, sind Sie eine Traumtänzerin?

**Bärbel Höhn:** Nein. Ich bin eine Realistin.

**Blickpunkt:** Die Union und die Atomindustrie sehen das anders, werfen Ihnen und den Grünen vor, mit dem doppelten Nein zum Atomstrom und langfristig auch zur Kohle unrealistisch zu sein.

**Höhn:** Das grüne Ziel, im Jahr 2050 zu hundert Prozent erneuerbare Energien zu haben, ist erreichbar. Für die Übergangszeit brauchen wir auch Strom aus Kohle und Gas. Wichtig ist aber, dass es schon aus Risikogründen beim Ausstieg aus der Atomkraft bleiben muss und dass Deutschland aus Klimagründen nicht von Kohlekraftwerken zugebaut wird.



Foto: Thomas Köhler/photothek.net

**Blickpunkt:** Herr Becker, Sie sind Praktiker vor Ort. Ist Frau Höhn eine ideologische Spinnerin oder eine mutige Realistin? Ist der grüne Kurs sinnvoll? Müssen wir radikal umsteuern?

**Sven Becker:** Grundsätzlich halte ich den grünen Ansatz für richtig. Was die Grünen im Klimaschutz erreicht haben, hat ja auch schon positiv zu einer Veränderung unseres Bewusstseins geführt. Manchmal bedarf es dabei wohl auch einer Überziehung von Forderungen, um einen Teil dessen zu erreichen. Dennoch: Den Ausstieg sowohl aus der Kernenergie wie der Kohlekraft halte ich schon aus Gründen der Versorgungssicherheit für nicht realisierbar. Dazu sind wir einfach mit den erneuerbaren Energien noch nicht weit ge-

nug. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass der Industriestandort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Da spielen die Energiepreise eine wichtige Rolle.

**Blickpunkt:** Zwingen Ressourcenerschöpfung bei Öl und Kohle, aber auch die horrende Kostenexplosion vor allem beim Öl zur Eile?

**Höhn:** Der hohe Ölpreis führt zu Einsparungen. Hier liegen noch gewaltige Potenziale. Außerdem brauchen wir Veränderungen beim Energiemix. Je mehr erneuerbare Energie, desto unabhängiger sind wir vom Ausland. Um auch bei großer Nachfrage immer Strom zu haben, müssen wir Ökoenergie speichern. Auf diesem Feld gibt es große Fortschritte. Wir Grüne wollen bis 2020 beim Strom

bei 40 Prozent erneuerbaren Energien sein. Um das Ziel zu erreichen, brauchen wir weniger als die Steigerungsraten der letzten Jahre. Die Bundesregierung will 30 Prozent.

**Becker:** Wann wir eine CO<sub>2</sub>-freie, also eine Energiewirtschaft ohne fossile Energien haben werden, ist schwer zu prognostizieren. Ich denke, dies ist frühestens 2050 realisierbar. Das nähere Ziel, bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien auf 30 Prozent mindestens zu verdoppeln, erscheint mir ambitioniert, aber machbar zu sein. Auch unser Unternehmen hilft dabei, denn wir entwickeln gerade einen Offshore-Windpark mit 400 Megawatt vor Borkum, der 2011 ans Netz gehen soll.



## „Das grüne Ziel, im Jahr 2050 zu hundert Prozent erneuerbare Energien zu haben, ist erreichbar.“

Bärbel Höhn

werke abschalten. Aber neue wollen wir nicht, denn die laufen 40 bis 50 Jahre. Der CO<sub>2</sub>-Anteil ist doppelt bis dreimal so hoch, als wenn wir mit Gas Strom erzeugen. Und das ist nicht mit den Klimazielen der Bundesregierung vereinbar. Kohlestrom wird in Zukunft teurer: durch die steigenden Kosten für CO<sub>2</sub>-Zertifikate.

**Becker:** Wir planen zurzeit ein neues Kohlekraftwerk in Lünen, und – so paradox es klingen mag – wir leisten damit einen Beitrag zum Umweltschutz. Denn dieses Werk halbiert mit seiner modernsten Technologie den CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber alten Kohlekraftwerken. Natürlich kann man auch das noch bemängeln. Aber dann kann man auch fragen: Ist jemand, der ein Dreiliterauto fährt statt eines Benzinsäufers, ein Umweltsünder?

**Höhn:** Na ja, Herr Becker, was Sie da bauen, ist kein Dreiliterauto, sondern ein Achtliterauto! Denn auch Ihr hochmodernes Werk hat nur einen Effizienzgrad von etwa 46 Prozent; mehr als die Hälfte der Energie geht in die Luft, weil Wärme über lange Strecken nicht zu transportieren ist. Deshalb plädieren wir Grüne für dezentrale, kleine Blockheizkraftwerke, in denen man Wärme und Strom gleichzeitig erzeugt. Die haben eine Effizienz von rund 90 Prozent.

**Becker:** Ich bleibe dabei: Moderne Kohlekraftwerke sind eine wichtige Brückentechnologie, ohne die wir nicht bestehen werden. Würden wir auf sie verzichten, würden wir noch abhängiger werden von Energieimporten aus zum Teil politisch instabilen Regionen der Welt.

**Höhn:** Ich mache eine andere Rechnung auf: Würden die geplanten 30 Kohlekraftwerke gebaut, würden sie mehr als 180 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> ausstoßen. Deutschland dürfte aber aus Gerechtigkeitsgründen – auch die Kanzlerin Merkel gesteht jedem Menschen auf der Welt den gleichen Ausstoß zu – im Jahr 2050 nur

**Blickpunkt:** Die großen Energiekonzerne sprechen von einer drohenden Stromlücke, falls am Fahrplan des Atomausstiegs festgehalten und einseitig auf erneuerbare Energien gesetzt wird. Herr Becker, haben die von Ihnen betreuten Stadtwerke bald keinen Saft mehr?

**Becker:** Derzeit wird in Deutschland die „Stromlückenluge-Debatte“ sehr kontrovers geführt. Fest steht, dass letztlich Angebot und Nachfrage immer über den Preis in Einklang gebracht werden.

Das heißt, wenn der Ausstieg aus der Kernenergie nicht durch adäquate Erzeugungstechnologien ersetzt wird, werden wir signifikant steigende Preise erleben. Deshalb brauchen wir einen ausgewogenen Energiemix, um diese Lücke aufzufangen. Umso wichtiger ist es daher, dass Investitionspläne rechtzeitig realisiert werden können.

**Höhn:** Auch das Energiekonzept der Grünen enthält einen Kohleanteil. Wir wollen keine bestehenden Kohlekraft-

**Zur Person:** Bärbel Höhn, Jahrgang 1952, ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 2005 ist die Diplom-Mathematikerin stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. Davor war sie zehn Jahre lang Umweltministerin von Nordrhein-Westfalen.

[baerbel.hoehn@bundestag.de](mailto:baerbel.hoehn@bundestag.de)  
[www.baerbel-hoehn.de](http://www.baerbel-hoehn.de)

**Zur Person:** Sven Becker, Jahrgang 1968, ist Sprecher der Geschäftsführung der Trianel European Energy Trading GmbH, eines Kooperationsunternehmens konzernunabhängiger, kommunaler Energieversorger. Vorher war er unter anderem bei der Ruhrgas AG und bei Enron Europe tätig.

[www.trianel.com](http://www.trianel.com)

zwei Tonnen CO<sub>2</sub> pro Person ausstoßen. Bei 80 Millionen Einwohnern wären das 160 Millionen Tonnen. Das heißt, allein die Kohlekraftwerke würden mehr emittieren als Deutschland zustünde. Verkehr, Landwirtschaft, Wirtschaft und Haushalte dürften also überhaupt kein CO<sub>2</sub> erzeugen! Das passt doch hinten und vorne nicht zusammen.

**Blickpunkt:** Wie stark setzen Sie als regionale Versorger auf erneuerbare Energien?

**Becker:** Wir setzen durchaus auch auf dezentrale regenerative Erzeugung – etwa durch Biomasse, Windenergie und Fotovoltaik. Außerdem investieren wir in Offshore- und in größere Geothermieanlagen, also in Erdwärme. Erneuerbare Energien haben ohne Zweifel ein großes Zukunftspotenzial. Aber wir dürfen keine Traumtänzer sein und die Augen vor den Problemen dieser Energien schließen. Das sind vor allem ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Grundlastfähigkeit, also die Fähigkeit, die erzeugte Energie zu speichern und jederzeit abzurufen. Die Speicherbarkeit erneuerbarer Energien ist die zentrale Grundaufgabe, um die Ökoenergie voranzubringen.

**Höhn:** Das ist richtig, aber hier gibt es erhebliche Fortschritte. Außerdem kann man Strom aus Biomasse schon heute speichern.

**Becker:** Ohne Zweifel hat Biomasse Potenzial. Aber es wird begrenzt durch die Nutzung als Treibstoff und auf dem Wärmemarkt. Außerdem haben wir nur begrenzte Flächen, um Biomasse einzusetzen. Das größere Potenzial sehe ich deshalb im Windbereich.

**Blickpunkt:** Wie lautet Ihre Hitliste bei den regenerativen Energien, Frau Höhn?

**Höhn:** Windkraft an erster Stelle, dann Biomasse. Auch die Geothermie wird eine

große Zukunft haben. Fotovoltaik wird sich eher langsam entwickeln. Wasser bleibt eine beschränkte Energiequelle.

**Blickpunkt:** Kommen wir zu den Preisen, die zurzeit in schwindelerregende Höhen steigen. Den Verbraucher interessiert nicht nur eine sichere, sondern vor allem auch eine kostengünstige Energie. Müssen wir bei Energie aus Wind, Sonne, Biomasse und Geothermie mit höheren Kosten rechnen?

**Höhn:** Auch Atomstrom und heimische Steinkohle wurden beziehungsweise werden mit Milliarden unterstützt. Die Windkraft an Land trägt zunehmend zur Preissenkung bei. Dieser Prozess wird sich verstärken. Bei Fotovoltaik ist es noch nicht so weit. Aber etwa 2015 wird der Strom vom Dach genauso teuer sein wie der aus der Steckdose. Das ist eine spannende Perspektive. Insgesamt kann man sagen: Je stärker die erneuer-

baren Energien eingesetzt werden, umso günstiger werden sie.

**Becker:** Es stimmt: Windenergie ist mit der zunehmenden Standardisierung der Technologie marktfähiger geworden. Wegen der begrenzten Grundlastfähigkeiten von Ökostrom müssen aber die Kosten für die parallel vorzuhaltende Reserveenergie zugerechnet werden. Bei Flaute und Regen müssen Kohlekraftwerke einspringen. Das verschlechtert natürlich die Bilanz. Dennoch: Der Weg in den Ökostrom bleibt als Ziel richtig.

**Blickpunkt:** Die Atomindustrie lockt damit, dass sie bei längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken Sozialtarife anbieten und die regenerative Energie stärker fördern könnte. Sind das glaubhafte Sirengesänge?

**Höhn:** Dass Atomstrom nicht zu günstigeren Preisen führt, kann man gut in Baden-Württemberg erkennen: Dort ist

Foto: Thomas Köhler/photothek.net



**„Moderne Kohlekraftwerke sind eine wichtige Brückentechnologie, ohne die wir nicht bestehen werden.“**

**Sven Becker**

der Atomstromanteil am höchsten, die Energiepreise sind es aber auch. Tatsächlich hat der Atomstrom dazu geführt, dass sich die großen Energiekonzerne prächtig die Taschen gefüllt, ihre Monopolstellung ausgebaut und kaum Wettbewerb zugelassen haben. Deshalb begrüße ich es auch, dass es regionale Stadtwerkeverbände wie Trianel gibt, die zumindest einen kleinen Pflock dagegen einschlagen.

**Becker:** Danke für das Kompliment. Tatsächlich führen die großen Gewinne, die in der Kernenergie realisiert werden, dazu, dass die profitable Position dieser Konzerne immer weiter ausgebaut und eine Kriegskasse angelegt wird, um sich später an Stadtwerken und neuen Energien zu beteiligen. Diesen Konzentrationsprozess in der Energiewirtschaft sehe ich mit großer Sorge. Wir brauchen einfach mehr Wettbewerb, dann hätten wir auch günstigere Preise.

**Blickpunkt:** Jeder Bürger muss heizen, kochen, von A nach B fahren – all das sind Grundbedürfnisse, die Energie kos-

ten. In welchem Maße ist Energiepolitik nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Sozialpolitik?

**Höhn:** Gerade angesichts der galoppierenden Energiepreise in extrem kurzer Zeit wird der soziale Aspekt immer wichtiger. Viele Menschen können mit der neuen Situation gar nicht fertig werden. Allein die Heizkosten haben sich in einem Jahr fast verdoppelt, viele Haushalte werden im nächsten Winter große Probleme bekommen. Deshalb brauchen wir eine Doppelstrategie: weg vom Öl und soziale Unterstützung für Hilfsbedürftige.

**Becker:** Natürlich muss man sich um soziale Härtefälle kümmern. Dies ist aber die Aufgabe von sozialen Instrumenten und nicht so sehr von der Energiepolitik. Besser als Sozialtarife sind attraktive energie- und klimapolitische Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Wettbewerb in der Energiewirtschaft und damit wettbewerbsfähige Energiepreise.

*Das Gespräch führte Sönke Petersen. ■*



Foto: Thomas Köhler/photothek.net

## Standpunkte der Fraktionen:



## Welche politische Strategie empfehlen Sie zur Lösung der Energiefrage?

Eine sichere Energieversorgung bei möglichst geringer Importabhängigkeit zu für Bürger und Wirtschaft bezahlbaren Preisen mit möglichst niedrigen CO<sub>2</sub>-Emissionen ist das Ziel unserer Energiepolitik. Dies ist nur durch eine markt- und wettbewerbsorientierte Energie- und Klimaschutzpolitik – und insbesondere nur mit einem breiten Energiemix unter Einschluss der Kernenergie – erreichbar.

Energiesicherheit ist eine riesige Herausforderung der Gegenwart und vor allem der Zukunft. Es wird nicht funktionieren, ihr mit uninspirierten Lösungen vergangener Jahrzehnte zu begegnen. Deshalb halten wir am Atomausstieg fest. Stattdessen setzen wir auf einen Dreiklang aus erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und dem Einsparen von Energie. Wir wollen zukunftssträchtige Konzepte fördern, die uns unabhängig vom Öl machen.

Wir brauchen in Deutschland endlich eine konsistente energiepolitische Strategie, die auf Markt und Wettbewerb statt auf Dirigismus und Subventionen setzt. Anstatt bestimmte Energietechnologien staatlich zu fördern und andere zu verbieten, sollte die Politik sich wieder auf die Herstellung wettbewerblicher Rahmenbedingungen konzentrieren. Denkverbote dagegen waren noch nie ein besonders intelligenter Beitrag zur Lösung von Problemen.

Erforderlich ist ein Ausstieg aus der fossil-atomaren Energiewirtschaft. Die Linke will die Energiewende sozial und ökologisch gestalten und setzt auf eine kluge Nutzung von Strom, Wärme und Kraftstoffen sowie den Ausbau erneuerbarer Energien. Das schafft sichere Beschäftigung und bezahlbare Energie aus heimischer Produktion. Gleichzeitig wird das Klimaschutzziel zur Senkung der Treibhausgase um 80 Prozent bis 2050 erreicht.

Die Politik muss dringend eine sichere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen mit der Erreichung der Klimaschutzziele zusammenbringen. Mit der Atomkraft und Kohlekraftwerken ist das nicht zu schaffen. Wir müssen vielmehr den Energieverbrauch senken, die Strukturen der Energieversorgung umbauen und dabei auf erneuerbare Energien und effiziente Technik umsteigen. Nur die Unabhängigkeit von fossilen Ressourcen schützt vor explodierenden Preisen.

## Was kann die Politik tun, damit Energie für jedermann bezahlbar bleibt?

Massive Preissteigerungen bei den wichtigsten Energieträgern Kraftstoffe, Heizöl, Strom und Gas haben noch einmal die große Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung für die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität bewusst gemacht. Letztlich gilt es, Energie effizienter zu nutzen, erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen und durch einen breiten Energiemix mit möglichst vielen Lieferländern unsere Abhängigkeiten zu verringern.

Kurzfristig können wir die Menschen mit geringem Einkommen durch die vorgezogene Wohngeldnovelle vom 1. Oktober an entlasten. Vor allem aber muss der Energieverbrauch sinken. Dafür wollen wir etwa das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm verstetigen, den Kauf sparsamer Haushaltsgeräte unterstützen und den Mietern ein pauschales Kürzungsrecht für Heizkosten einräumen, die durch Versäumnisse des Vermieters zustande kommen.

Die Politik sollte in erster Linie die Maßnahmen rückgängig machen, mit denen sie selber die Energiekosten der Bürger unmittelbar und massiv erhöht hat. Seit 1998 hat sich das Aufkommen aus Energiesteuern und -abgaben auf etwa 13 Mrd. Euro versechsfacht. Neben der Herstellung wettbewerblicher Rahmenbedingungen muss die Politik deshalb endlich den enormen Staatsanteil der Energiekosten (40 % bei Strom, 30 % bei Gas, 70 % bei Benzin) zurückführen.

Die Linke schlägt fünf Instrumente vor: Gezielte Energieberatungen, um machbare Einsparpotenziale zu heben. Sozialtarife, um Haushalten mit kleinem Geldbeutel unmittelbar zu helfen. Kostenfreie Sockelversorgung, um Energiesparen zu belohnen. Steuer zur Gewinnabschöpfung bei den Energiekonzernen, um umfassende Maßnahmen für Energieeffizienz und Energieeinsparung zu finanzieren. Konsequenter Ausbau erneuerbarer Energien.

Wir müssen die Menschen dabei unterstützen, durch Einsparungen ihre Energiekosten zu senken. Denn die billigste Kilowattstunde ist die eingesparte. Jeder muss in der Lage sein, energiesparende Geräte anzuschaffen, als Mieter von energetisch sanierten Häusern zu profitieren und das eigene Verbrauchsverhalten zu ändern. Dazu müssen auch Privathaushalte auf erneuerbare Energien umsteigen können, um unabhängig von Öl und Erdgas zu werden.

was weiß der Tropfen



## Der Bundestag als Filmset

# Reine Poesie

**Der international preisgekrönte Kurzfilm „Was weiß der Tropfen davon“ betrachtet den Bundestag mit den Augen des afrikanischen Putzmannes João Baroso.**

**N**och bevor die ersten Sonnenstrahlen die Spitzen der Hochhäuser ertasten, eilt João Baroso durch die verwaisten Straßen im Parlamentsviertel. Im Paul-Löbe-Haus streift er seinen Blauemann über. Den Wagen mit Reinigungsmitteln und Mülltrennungsbehältern schiebt der Afrikaner in seinen Putzreich, die unterirdische Passage zwischen den Bundestagshäusern. Er kontrolliert die Uhr. Punkt fünf ist Arbeitsbeginn, da muss er mit dem Schrubber in der Hand antreten. Und dann fegt und wischt er, mit großer Sorgfalt für jeden einzelnen Tropfen.

Stunden später strömen die Abgeordneten durch die Unterführung in ihre Ausschussräume und den Plenarsaal, wo sich die Mikrofone und Objektive auf sie richten. Eine Kamera jedoch hat an diesem Tag nur Baroso im Visier. Der dunkelhäutige Putzmann steht im Mittelpunkt eines Kurzfilms. In „Was weiß der Tropfen davon“ dokumentiert der Filmemacher Jan Zabeil die Arbeit einer multinationalen Putzkolonie im Herzen der deutschen Politik.

Zabeils poetischer Film beginnt mit einer Einstellung auf endlose Korridore aus Glas und Beton. Dazu erklingt die Stimme Barosos: „Das erste Mal war wie ein Schock.“ Die Politiker, die Räume, all das kannte er nur aus den Nachrichten. Jetzt spricht er vom Putzen und Wählen, von Mülltrennung und Fraktionen. Ein bisschen erzählt der Film auch seine Geschichte. Dass der kräftige Mann mit den Sommersprossen und dem breiten Lächeln einmal parlamentarischen Boden bohren würde, war nicht geplant. Deutschland

war nicht geplant. Es ist das Jahr 1990, in Angola im Südwesten Afrikas tobt der Krieg, und ein Volksstamm bekämpft den anderen. Der 17-jährige João Baroso wird von Freunden in ein Flugzeug gesteckt. Weit weg vom Blutvergießen bringt es ihn, via Prag landet er in Berlin. Was er im Moment der Ankunft fühlt, ist Ohnmacht und Betäubung: „Ich wurde über der Stadt abgeworfen wie ein Stein.“

### Gedicht auf dem Hallenboden

Alles wird plötzlich anders. In Berlin feiern die Deutschen Wiedervereinigung und wählen ein freies, gesamtdeutsches Parlament. Der erste Winter kommt. Baroso geht wochenlang nicht aus dem Haus, aus Angst vor der Kälte. Doch er beginnt zu verstehen, wie dieses Land funktioniert. Mit der Zeit erhält sein Leben einen Rhythmus. Er weiß um die Pünktlichkeit und Korrektheit, die seine Arbeitgeber auf dem Bau von ihm verlangen. „In Deutschland ist alles nur Uhr“, resümiert er im Film einmal.

Zehn Jahre später wohnt Baroso in einem Hochhaus in Berlin-Friedrichshain, zusammen mit Ilola Canga, seiner Frau. Sie stammt auch aus Angola, doch getroffen haben sie sich hier. Ihre Kinder Henry und Saline gehen da bereits zur Schule. 2001 heuert Baroso bei einer Reinigungsfirma an. Vor Sonnenaufgang kommt er am ersten Arbeitstag zum Treffpunkt. Die Arbeiter werden in zwei Autos geladen, keiner weiß, wohin. Baroso betritt ein dunkles gläsernes Gebäude, bekommt einen Ausweis und Instruktionen. Später erst realisiert er, dass er im Bundestag gelandet ist. Ein Schock.

Hauptdarsteller João Baroso (oben) und Filmemacher Jan Zabeil (unten) in der Halle des Paul-Löbe-Hauses

Foto: DBT/Werner Schüring

Und eine Chance. Im Bundestag ist er mittendrin in der deutschen Politik. Er, der nie gelernt hat, der Politik zu vertrauen. „Viele Politiker in Afrika haben eine halbe Armee um sich herum, die offen ihre Waffen zeigt. In Deutschland haben sie, wenn überhaupt, zwei Bodyguards, und deren Pistolen stecken unter dem Jackett.“

Baroso kennt die Fraktionen und ihre Gesichter. Er muss immer grüßen, so lautet die Regel. Manch einer schaut durch ihn hindurch. Andere sagen Hallo. Angela Merkel zum Beispiel. „Als ich sie das erste Mal im Fahrstuhl traf, war ich so nervös, dass ich nicht mehr wusste, in welches Stockwerk ich fahren wollte.“ Zu dieser Zeit war sie bereits CDU-Bundesvorsitzende. „Sie war immer sehr früh im Büro, oft schon um 5.30 Uhr.“

## Der Film als Ventil

Drei Jahre lang tritt er im Morgengrauen seinen Weg zum Bundestag an, wo er Flure bohrt, Scheiben wischt und vorschriftsgemäß den Müll trennt. „Ich sah ihn dort. Jeden Morgen, zur selben Zeit, am selben Ort“, berichtet Jan Zabeil, der 2004 im Bundestag nach Filmideen sucht. Und er beobachtet einen Kollegen von Baroso, der auf den Knien Metallbuchstaben poliert. Diese bilden auf dem Hallenboden ein Gedicht, ein Kunstwerk von Joseph Kosuth: „Der Wind und das Schicksal haben ihre unabänderlichen Gesetze, nach denen sie sich bewegen. Aber was weiß der Tropfen davon, den sie vor sich herfegen?“ Worte der deutschen Dichterin Ricarda Huch.

Zabeil will vom türkischen Putzmann wissen, ob er die Sätze versteht. Immer mehr Fragen kommen auf. Es wird ein Film daraus. Durch die Abwesenheit von Anzugträgern und die durchkompo-

nierten Bewegungsabläufe der Putzleute entsteht eine eigene Weltstimmung. Die Texte sind spontan. „Mein Film funktioniert nicht über die kurzfilmübliche Dramaturgie“, sagt Zabeil, „sondern über Wahrnehmung und Assoziation.“ So entstehen ästhetische wie skurrile Bilder: Fensterputzer, die in rhythmischen Bewegungen die vom Sonnenaufgang violett eingefärbte Kuppel säubern. Ein gelber Putzkran, der wie eine riesige Spinne zur Hallendecke hochfährt.

„Beim Drehen habe ich die Angst der Leute gespürt, etwas Falsches zu sagen. Jeder war in Sorge um seinen Job.“ Aber Jan Zabeil baut Vertrauen auf und hört zu. „Zwar sprechen sie gebrochenes Deutsch und dürfen nicht wählen. Aber sie stellten existenzielle Fragen.“ Nach dem Sinn, dem Selbstverständnis, der Integration. „Die vermeintlich deutschen Tugenden der Pünktlichkeit und Sauberkeit werden von multikulturellen Putztruppen ausgeführt“, stellt der Regisseur fest. Und zwar mit schwarzrot-goldenen Putzwedeln.

„Tropfen“ findet international Beachtung, im Juni 2008 kassiert Zabeil einen Preis beim wichtigen amerikanischen Dokumentarfilmfest „Silverdocs“: für seine „globale Bedeutung“.

Vor der Kamera ist Baroso ganz er selbst. „Zu dieser Zeit war mein Kopf voller Gedanken. Ich brauchte ein Ventil.“

Der Film kommt wie gerufen. Baroso ist angetan von der Arbeit des Filmmachers. „Er lässt die Bilder auf sich wirken und folgt seinem Gefühl.“ Schließlich sieht er sich selbst auf der Kinoleinwand, hört sich selbst zu.

Das verändert sein Leben. Immer schon hat er sich für Film interessiert, hat fotografiert. Jetzt gründet Baroso einen Verein zur Förderung junger afrikanischer Kunst. Mit Leinenanzug und einem in Leder gebundenen Terminkalender wagt er sich an neue Projekte. Er dreht Videoclips in seinem Studio mit Raufasertapete und am Potsdamer Platz bei Nacht. Den Blaumann hat er im Bundestag an den Nagel gehängt. Die Eindrücke sind geblieben. Im Film sagt er noch: „Auch wenn ich wählen könnte, würde ich nicht wählen.“ Jetzt sieht er das anders. Für die Medien begeistert er sich auch. „In vielen Ländern Afrikas gibt es keine Pressefreiheit. Dabei ist sie das Wichtigste überhaupt.“

Demnächst fliegt Baroso nach Angola. Zum ersten Mal nach zwei Jahrzehnten. Die Eltern und der Bruder sind im Krieg verschollen. Baroso will sie suchen, mit Hilfe des Roten Kreuzes. Der Krieg, vor dem Baroso flüchtete, ist vorbei. Würde er zurückkehren? Da wiederholt er seine Schlussworte aus dem Film: „Wo das Leben gut ist, da kann man bleiben.“

Lydia Harder ■

**Zur Person:** Jan Zabeil wurde 1981 in Berlin geboren. Er studiert seit 2003 Kamera an der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg.

**Zur Person:** João Baroso, geboren 1973, floh mit 17 vor dem Krieg in Angola nach Deutschland. Seitdem lebt er in Berlin, ist verheiratet und hat zwei Kinder. 2001 fing er als Reinigungskraft im Bundestag an.



Foto: DBT/Werner Schüring



Wie funktioniert die parlamentarische Demokratie? Die Wanderausstellung des Bundestages in Hechingen

## Die Wanderausstellung des Bundestages

# Auf der Schwäbischen Alb

**E**rstaunt und neugierig blicken die meisten Hechinger, die an diesem Montagmorgen „ihr“ Rathaus betreten. Denn im Eingangsbereich, direkt unter der prächtigen Kuppel, ist etwas anders als sonst: Informationstafeln, ein Computerterminal und Auslagen mit Broschüren laden zum Verweilen und Informieren ein.

„Deutscher Bundestag – Unsere Abgeordneten“ steht in großen Lettern über einer Stellwand. Das ist der Titel der Wanderausstellung des Bundestages, die in dieser Juliwoche Station im Hechinger Rathaus macht. Sie ist auf Initiative von Winfried Hermann, dem Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen für den Wahlkreis Hechingen/Tübingen, auf die Schwäbische Alb gekommen. „Die Idee, auf diese Weise Berlin zumindest virtuell einmal direkt zu den Menschen zu bringen, hat mich begeistert, und ich wollte das den Bürgern aus meinem Wahlkreis nicht vorenthalten.“

Wie funktionieren Wahlen? Was ist ein Petitionsausschuss? Was macht ein Abgeordneter eigentlich genau? Das und vieles mehr zur Arbeit des Bundestages wird kompakt auf 20 Tafeln mit Texten, Grafiken und Fotografien erklärt. Der Gang der Gesetzgebung wird ebenso anschaulich gemacht wie die historische Entwicklung der Demokratie in Deutschland.

Die Idee, den Bundestag zu den Menschen zu bringen, gibt es seit vielen Jahren, seit 1990 hat das Parlament eine Wanderausstellung. Im vergangenen Jahr wurden 68 Städte angesteuert. Solch eine Ausstellung helfe, die häufig empfundene Distanz zu „denen da in Berlin“ zu überwinden, betont Klaus Conzelmann, Erster Beigeordneter der Stadt, bei der Eröffnung mit den Wahlkreisabgeordneten Winfried Hermann und Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU). Dabei gelte es, die Jugendlichen noch besser zu erreichen.

Aus diesem Grund werden bei jeder Station Schulklassen eingeladen, die dann von einem freien Mitarbeiter des Referats Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages durch die Ausstellung geführt werden. An diesem Montagmorgen schaut die 10. Klasse des Hechinger Gymnasiums vorbei. Die Schüler haben die letzte Unterrichtsstunde vor den Sommerferien kurzerhand ins Rathaus verlegt. Eine schöne Abwechslung, meint die 17-jährige Miriam: „Eigentlich interessiere ich mich nicht so für Politik, aber das hier finde ich toll.“ Die Gemeinschaftskundelehrerin Silvia Bethe freut sich auch über die Gelegenheit: „Wir haben den Bundestag dieses Jahr durchgenommen, es ist also eine gute Wiederholung.“

Beim Rathauspublikum ist es hingegen der Überraschungseffekt, der zu den Stellwänden hinzieht. Und auch die Mitarbeiter des Rathauses nutzen die Kaffeepause, um sich alles einmal genauer anzusehen. „Ach schau mal, ein Grundgesetz – das kann man immer gebrauchen.“ Und neben den verfassungsmäßigen Grundlagen der parlamentarischen Demokratie steht auch der „Bundestag zum Vernaschen“ hoch im Kurs. So nennt Bundestagsmitarbeiter Michael Kresin liebevoll die Gummibärchen im Design des Reichstagsgebäudes. Politik kann eben nicht nur durch den Kopf, sondern manchmal auch durch den Magen gehen.

Kathrin Ernsting ■

**Stationen der Wanderausstellung** Informationen und die nächsten Stationen der Wanderausstellung des Bundestages unter:

**www.bundestag.de/interakt**  
(Rubrik Bundestag unterwegs)





## Die Plenarassistenten im Bundestag

# Das ist so ein Gefühl ...

**Brigitte Rubbel arbeitet beim Parlamentsassistentendienst. Wenn sie davon redet, klingt es, als wollte sie da schon immer hin.**

**V**or nicht allzu langer Zeit noch konnte man manchmal Brigitte Rubbel sehen, wie sie auf der obersten Treppenstufe zum Eingang Ost des Reichstagsgebäudes steht, vor ihr der Präsident und die Protokollchefin des Bundestages, und wartet. Blieb man geduldig, ließ sich beobachten, wie dann ein Auto vorfuhr, aus dem hoher Staatsbesuch stieg, der zuerst willkommen heißen und dann ins Büro des Präsidenten geführt wurde. Vornweg auf dem Weg durch das Hohe Haus lief dann Brigitte Rubbel, Wegweiserin und Wegbereiterin im blauen Frackkostüm. So schreibt es das Protokoll vor. Man kann also sagen, dass sogar der Dalai Lama Brigitte Rubbel schon einmal hinterherlief. Und das ist nicht frivol gemeint.

Als die heute 48-jährige Wiesbadenerin 2001 beim Referat ZT 4, dem Plenar- und Ausschussassistentendienst, anfang zu arbeiten, hatte sie schon Bundestagserfahrung. Aber sie konnte da noch nicht wissen, dass sie nun in einen Bereich gekommen war, in dem sie nicht nur bleiben, sondern sich auch richtig gut fühlen würde. Anfänge sind immer mit Unwägbarkeit verbunden. Obwohl: Ein gutes Gefühl hatte Brigitte Rubbel schon. Die Menschen hier gefielen ihr, das Klima war gut, es schien, als ließe sich so gut arbeiten und vor allem zusammenarbeiten.

2001 war Brigitte Rubbel 40 Jahre alt, und die Entscheidung, gemeinsam mit ihrer Familie von Bonn nach Berlin zu gehen, musste noch auf Tauglichkeit

geprüft werden. Der Ehemann arbeitet ebenfalls beim Bundestag, und es lag nahe, in die neue Hauptstadt zu gehen, aber es war auch kein kleiner Schritt, mit zwei Kindern und allem Hausrat aufzubrechen, um woanders anzukommen. Die ausgebildete Zahnarthelferin hatte zwar Respekt davor, aber keine Bedenken, dass es gelingen würde. Eine tolle Familie ist immer gutes Hinterland für solche Zeiten.

### Eine kleine Verwandlung

Begonnen hat Brigitte Rubbel beim Deutschen Bundestag im Personalreferat bei der sogenannten „Abwesenheitsstelle“. Das ist schon ein seltsamer Begriff für die Bearbeitung von Urlaubsanträgen, den es inzwischen nicht mehr gibt. Mit dem Umzug nach Berlin kam dann der Wechsel in den Plenar- und Ausschussassistentendienst, halbtags zuerst, der Kinder wegen. Aber klar war schon, dass es vorwärts und aufwärts gehen sollte. Also besuchte Brigitte Rubbel einen Angestelltenlehrgang, um den Einstieg in den mittleren Dienst zu schaffen. Und sie bekam als Plenarassistentin die Aufgabe, sich um die protokollarische Betreuung der Gäste des Bundestagspräsidenten zu kümmern. So kam es, dass man sie vor dem Eingang Ost auf der obersten Treppenstufe sehen konnte.

Protokoll, das ist immer auch Ritual, die Dinge haben nach strengen Vorgaben abzulaufen. Das ist eine Frage der Höflichkeit und der Außenwirkung.

Und prägt auch die Arbeit der Plenarassistenten. Wenn Brigitte Rubbel – blond, schlank, gepflegt und überhaupt gut anzusehen – ins blaue Frackkostüm steigt, wird aus ihr kein anderer Mensch, aber es geschieht doch eine kleine Verwandlung. Und so kommt es, wenn sie doch mal mit rotem Pullover und heller Hose durch den Bundestag läuft, dass jemand sagt: „Huch, Frau Rubbel, fast hätte ich Sie nicht erkannt.“ Das geschieht aber immer seltener, sagt sie, schließlich sei sie viel unterwegs in den Häusern und nun schon eine Weile dabei.

Zurzeit vertritt Brigitte Rubbel als stellvertretende Leiterin des Teilsachbereichs Plenar- und Ausschussassistentendienst ihren Chef, der erkrankt ist. Heißt, sie sorgt dafür, dass 68 Menschen immer zur richtigen Zeit am richtigen Ort sind, als Verbindung zwischen dem Plenarsaal und der Außenwelt wirken, den Abgeordneten das Arbeiten erleichtern, bei den Ausschusssitzungen genauso wie an Plenartagen.

Der Montag einer Sitzungswoche ist so etwas wie ein referatsinterner Arbeits- und Sitzungstag. Zeit, auch langfristige Pläne zu machen, über größere anstehende Aufgaben zu reden, Personalfragen zu klären. Am Dienstag werden vormittags Dienstpläne geschrieben, für jeden Sitzungstag einer. Hier profitiert Brigitte Rubbel davon, dass sie ein wahrhaftes Organisationstalent ist. Sie hat den Überblick, wie man so schön sagt. Und vor allem: Sie verliert ihn auch nicht in hek-

tischen Zeiten. Einfach gesagt, haben Dienstpläne zu klären, wer wann wo zu sein und was zu tun hat. Zu besetzen sind viele Arbeitsorte und zu erfüllen viele Aufgaben, für Außenstehende ist das kaum sichtbar. Von der Besuchertribüne aus oder im Fernsehen sind nur die berühmten Saaldiener mit einem Tablett zu sehen, auf dem ein Glas Wasser steht. Mein Gott, denkt dann manch einer, was ist das für ein Job? Ein guter, wenn man weiß, was noch alles dazugehört. Bei richtiger Kameraperspektive sieht man noch die Plenarassistenten an der Regierungsbank, der Bundesratsbank und im Präsidium sitzend. Besetzt werden müssen aber auch die beiden Meldetische vor den Eingängen Bundesrats- und Regierungsbank, zwei Plenarassistenten arbeiten den Stenografen zu. Andere stehen vor dem Eingang zur Besuchertribüne des Plenarsaales, um die Gäste einzuweisen und für die richtigen Abläufe zu sorgen. Plenarassistenten arbeiten für jeden Ausschuss. Bei namentlichen Abstimmungen im Bundestag sieht man sie an den Wahlurnen und vor den drei Türen stehen, die beim Hammelsprung so eine wichtige Rolle spielen: Ja, Nein,

Enthaltung. Andere müssen dafür sorgen, dass alle Abgeordneten ihre richtigen Stimmkarten bekommen und dass die Stimmkarten nach Abstimmungen auch wieder richtig in die Fächer einsortiert werden.

### Prüfender Blick in die Runde

Brigitte Rubbel sitzt also an jedem Dienstag einer Sitzungswoche und schreibt auf, wie es am besten und reibungslos ablaufen kann. Und denkt dabei daran, dass alle Mitarbeiter es mögen, wenn sie mal hier und mal da arbeiten können, nicht immer das Gleiche machen müssen, lernen und sich entwickeln. Darin liegt eine gewisse Fürsorge, und das zeigt Professionalität in der Mitarbeiterführung.

Im Gang vor Brigitte Rubbels Büro im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus hängen an der Pinnwand Zettel, auf denen steht, welche Plenarassistenten am 3. Oktober zum Dienst eingeteilt sind bei der Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit und welche am 6. September nach Bonn fahren werden, zum 60. Jahrestag der Konstituierung des Parlamentarischen

Rates, der auch eine feierliche Sitzung verdient. Die Arbeit bei solchen Sonderveranstaltungen sei ein Highlight, sagt die Chefin und lächelt. Fast wie eine kleine Belobigung.

Mittwoch bis Freitag ist Brigitte Rubbel in einer Sitzungswoche dann in ihrem Frackkostüm im Reichstagsgebäude unterwegs. Man sieht sie am Mittwoch vor Beginn des ersten Sitzungstages im Plenarsaal stehen, wie sie einen prüfenden Blick in die Runde wirft, ob alles, wirklich alles, am richtigen Platz und vorbereitet ist. Dann bringt sie um 13 Uhr den Präsidenten in den Plenarsaal, so schreibt es das Protokoll vor. Der Gong erklingt und die Abgeordneten stehen auf. Brigitte Rubbel verlässt den Plenarsaal, wenn der erste Tagesordnungspunkt aufgerufen wird. Was heißt verlassen? Sie macht sich auf den Weg zur nächsten Arbeit.

*Kathrin Gerlof* ■

**Nach der Abstimmung: Brigitte Rubbel trägt eine Wahlurne aus dem Plenarsaal**



Foto: DBT/Werner Schüring

# Wer hat's gesagt?

**fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG an dieser Stelle und lädt Sie ein, interessanten Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte im Wortlaut wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe präsentieren wir das Zitat eines Mitglieds des Bundestages, das in der Geschichte Deutschlands seine Spuren hinterlassen hat. Wer hat's gesagt? Schreiben Sie uns die Lösung und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.**

**D**ieser Satz wurde in einer Debatte gesprochen, in der die Abgeordneten des Bundestages in Bonn, ganz nah am Rhein, über die deutsche Einigung debattierten. Sie waren vier Jahre zuvor Übergangsweise in ein ehemaliges Wasserwerk umgezogen, weil wenige Hundert Meter weiter ein neuer, imposanter Plenarsaal entstand. Der westdeutsche Teilstaat hatte sich in Bonn eingerichtet.

Doch nun, im September 1990, hatte sich die Weltlage dramatisch geändert. In einer friedlichen Revolution hatten die Menschen in der DDR den Boden für die deutsche Einheit bereitet. Die beiden Staaten waren bereits in einer Währungsunion verbunden und hatten mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs erst die völkerrechtlichen Grundlagen für die staatliche Einheit ausgehandelt, dann auch einen Vertrag über den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Jetzt hatten die Parlamente das Wort, am Rhein Bundestag und Bundesrat, an der Spree die Volkskammer.

Einer der Redner in Bonn hatte seine politische Laufbahn eigentlich schon beenden wollen. Doch nun sah er die Chance, seine politische Laufbahn da zu beschließen, wo er sie begonnen hatte, in seiner Heimatstadt Dresden. Dort hatte er kurz nach dem Krieg zu den Gründern der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands gehört. 1948 floh er in den Westen, engagierte sich dort weiter bei den Liberalen. Seit 1957 gehörte er dem Bundestag an, später in führender Position.

Als 1989 der Eiserne Vorhang zerriss, Menschen aus der DDR erst in bundesdeutsche Botschaften flüchteten und schließlich auf die Straße gingen, da war der gebürtige Dresdner der erste Spitzenpolitiker der Bonner Koalition, der sich mit hohen SED-Funktionären und Vertretern seiner ehemaligen Partei zusammensetzte. Der Mann aus dem Westen mahnte seine Gesprächspartner im Osten zu behutsamem Vorgehen.

Dieser Linie blieb er auch in der Debatte des Bundestages über den Einigungsvertrag treu. Er rief seine Landsleute auf, ihr Streben nach Einheit in ein gemeinsames europäisches

Friedensziel einzubringen. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl zweieinhalb Monate später schloss sich für ihn der Kreis: Als Vertreter seiner Heimatstadt wurde er erneut ins jetzt gemeinsame Parlament gewählt. Vier Jahre später schied er auf eigenen Wunsch aus. Er starb kurz nach seinem 81. Geburtstag.  
*Klaus Lantermann* ■

**„Unser Streben nach Einheit war und ist keine verstaubte, nach rückwärts gewandte Reichsromantik, sondern ein in die Zukunft gerichtetes gemeinsames europäisches Friedensziel.“**

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an:  
**BLICKPUNKT BUNDESTAG, c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH,**  
Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (0 30) 6 50 00-1 92,  
E-Mail: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com).

**Einsendeschluss: 10. Oktober 2008.**

**Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost.**

**Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin.**

**Die Lösung des Rätsels in Ausgabe 02-2008 lautet: Gerd Poppe.**

**Eine Reise nach Berlin hat Michael Walther aus Tamm gewonnen.**

Vereinigtes Königreich: UK Parliament

# Schwertfreie Zone



Foto: mauritius images/Keper/Stock

**I**m britischen Parlament zu sterben, ist per Gesetz verboten, und zwar schon seit 121 Jahren. Ziemlich albern, könnte man denken, und dann gibt es doch eine Erklärung dafür: Der Palast von Westminster, Sitz des Parlaments, den die ganze Welt wegen seines Uhrenturms „Big Ben“ kennt, ist ein Königspalast. Und jeder, der in einem Palast des Staatsoberhauptes das Zeitliche segnet, hat automatisch ein Anrecht auf ein Staatsbegräbnis. Nun stelle man sich vor, was passieren würde, wenn das bekannt würde. Vermutlich würde eine Art Sterbetourismus einsetzen von all den eitlen Untertanen, die ihren letzten Weg gratis auf einem sechsspännigen Kanonenwagen und mit militärischen Ehren zurücklegen wollen.

Genauso sonderbar ist ein Gesetz vom 30. Oktober 1313, nach dem das Tragen von Rüstungen und Schwertern im Parlament untersagt ist. Auch nicht gerade ein zeitgemäßes Statut, aber damals war die britische Demokratie eben erst zarte achtzehn Jahre alt. 700 Jahre später ist sie zur Erhabenheit herangereift, die Großmutter aller Parlamente, und dennoch hat sie die Kampfeslust beibehalten, die Edward II. seinerzeit dazu veranlasste, Waffen aus dem Palast zu verbannen.

Bis heute basiert die britische parlamentarische Tradition auf dem Duell, der Redeschlacht. Statt des Halbkreises in athenischer Tradition, der den Redner in den Mittelpunkt stellt und zur ausgewogenen Diskussion anhält, sitzen sich Regierung und Opposition in langen Reihen gegenüber, bereit zur Konfrontation. Wer das Wort erhält, steht an seinem Platz auf den grünen Lederbänken auf und redet frei. Die eigene Fraktion feuert ihn an, die gegnerische wedelt mit Notizzetteln und pfeift aus. Es ist ein organisiertes Chaos, das vor allem in der wöchentlichen Fragestunde in höchster Perfektion dargeboten wird, wenn der Premierminister Rede und Antwort steht.

Das ist der Moment, da Politiker mit Wortgewandtheit, Scharfzüngigkeit und Witz punkten müssen, um sich politischen Respekt zu verschaffen. Es ist ein politisches Theater, das strikten Regieanweisungen folgt. Zeitunglesen ist verboten, und Bücher sind im Sitzungssaal ebenfalls nicht gestattet, seit sie im 19. Jahrhundert als Wurfgeschosse eingesetzt wurden.

Dabei wird an der Oberfläche viel Wert auf Höflichkeit gelegt. Das House of Commons ist buchstäblich ein „ehrenwertes“ Haus – und ein namenloses. Abgeordnete reden einander ausschließlich in der dritten Person an, und anstatt des Namens nennen sie den Wahlkreis. Gregory Barker von den Konservativen ist „das ehrenwerte Mitglied für Bexhill und Battle“. Und weil er einen Platz am Kabinetttisch hat, ist Premierminister Gordon Brown gar „das hochehrenwerte Mitglied für Kirkcaldy und Cowdenbeath“. Persönliche Beleidigungen sind tabu. Ratte, Schwein, Feigling, Hooligan, wer sich mit diesen oder ähnlichen Ausdrücken im Ton vergreift, kassiert sofort eine Ermahnung. Auch darf man den Gegner nicht direkt der Lüge bezichtigen. Winston Churchill warf jemandem stattdessen eine „terminologische Ungenauigkeit“ vor und meinte damit dasselbe.

Wo das Schwert verboten ist, wird eben mit dem Florett gefochten. Und je brillanter der Redner ist, desto eleganter die Beleidigung. 700 Jahre parlamentarische Tradition verpflichten eben auch in dieser Hinsicht.

*John Jungclaussen, London* ■

**United Kingdom Parliament**

Das britische Parlament besteht aus dem House of Commons und dem House of Lords.



[www.parliament.uk](http://www.parliament.uk)



Foto: DBT/MEDIA CONSULTA

# Lesen Sie den Bundestag – regelmäßig mit dem Blickpunkt-Abo

## Liebe Leserin, lieber Leser,

wir hoffen, die Lektüre des neuen BLICKPUNKT BUNDESTAG war informativ und hat Ihnen Freude bereitet! Das Magazin des Deutschen Bundestages erscheint regelmäßig mindestens sechs Mal im Jahr, mit spannenden Reportagen, Interviews und Hintergrundberichten aus dem Parlament.

BLICKPUNKT BUNDESTAG, das sind zwei Magazine in einem: Denn die Beilage SPEZIAL, die immer ein parlamentarisches Schwerpunktthema behandelt, ist regelmäßig mit dabei.

Möchten Sie künftig über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden? Dann bestellen Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 12,00 Euro für sechs Ausgaben pro Jahr.

Mit dem BLICKPUNKT-Abo kommt jede Ausgabe künftig bequem zu Ihnen nach Hause. Trennen Sie einfach eine der Abopostkarten ab, tragen Sie Ihre Daten ein und senden Sie die Karte an unsere Abonnentenbetreuung!

## Haben Sie noch Fragen?

Ihre Ansprechpartnerin rund um das BLICKPUNKT-Abo:

Cornelia Hesse  
Buch und Presse Vertrieb GmbH & Co. KG  
Aschmattstraße 8  
76532 Baden-Baden

Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70  
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70  
E-Mail: [abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de](mailto:abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Deutscher Bundestag,  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Chefredaktion:** Britta Hanke-Giesers  
(Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit), Michael Reinold

**Redaktion:** Helmut Spörl (Leiter),  
Klemens Vogel, Birgit Lettenbauer  
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Telefon: (0 30) 6 50 00-2 20  
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92  
E-Mail: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com)

**Koordination:** Michael Reinold, Sylvia Bohn  
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)  
Telefon: (0 30) 2 27-3 78 68  
Fax: (0 30) 2 27-3 65 06  
E-Mail: [michael.reinold@bundestag.de](mailto:michael.reinold@bundestag.de)

**Beauftragte Agentur:**  
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
**Geschäftsführung:** Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

**Art Direction:** Sylvia Müller  
**Produktion:** René Hanhardt  
**Onlineproduktion:** Sebastian Kreideweiß  
**Lektorat:** Katleen Krause

**Abonnement und Vertrieb**  
Cornelia Hesse  
Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70  
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70  
E-Mail: [abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de](mailto:abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de)

**Druck:** Koelblin Fortuna, Baden-Baden

**Einzelverkaufspreis:** 2 Euro  
**Redaktionsschluss:** 11. September 2008

Die Texte aus BLICKPUNKT BUNDESTAG  
gibt es auch im Internet:  
**[www.blickpunkt-bundestag.de](http://www.blickpunkt-bundestag.de)**

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten.

**Anschrift für die Post unserer Leser:**  
BLICKPUNKT BUNDESTAG  
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH  
Wassergasse 3, 10179 Berlin  
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92  
E-Mail: [blickpunkt@media-consulta.com](mailto:blickpunkt@media-consulta.com)

© Deutscher Bundestag, Berlin 2008  
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist grundsätzlich unzulässig.